

# Der Wert-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II  
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

### Inhalt:

Der Kampf um die Absatzgebiete. — Die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse des Proletariats unter der privatkapitalistischen Produktionsweise (II). — Ein Glendebild aus dem Gegenwartszustand. — Berechtigte Klagen aus den Lobbericher Wandwebereien. — Textilarbeiterinnen von Colmar schließen sich zusammen! — Zur Delegiertenversammlung des Deutschen Werkmeisterverbandes. — Müssen Unfallverletzte sich einer Operation unterwerfen? — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Bewegung in anderen Berufen. — Politische Nachrichten. — Soziales. — Gesundheitswesen. — Vereinsgesetzliches. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Monatsrevue über das Textilgewerbe. — Wirtschaftliche Rundschau.

### Der Kampf um die Absatzgebiete.

In deutschen Unternehmerkreisen herrscht gegenwärtig große Erregung. Eine Reihe Staaten, die zu den Absatzgebieten der deutschen Industrie gehören, geben an die Arbeit der Zolltarifreform. Dem Parlament der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Vorlage am 14. März d. J. zugegangen, und die Beratungen darüber werden in den nächsten Wochen stattfinden. Das gleiche wird demnächst in Frankreich und in Schweden eintreten. Von Frankreich und Amerika steht schon fest, daß man sich mit der Absicht trägt, die Zölle für eine Reihe Produkte zum Teil ganz enorm zu erhöhen. Und das ist es nun — wir kommen in einem späteren Artikel speziell darauf zurück —, was die Erregung in unseren Unternehmerkreisen hervorgerufen hat. Man erkennt hier nur zu gut, daß es sich bei der Zolltarifreform um jene beiden Ländern um nichts anderes handelt, wie um eine weitere Eingrenzung der Absatzgebiete für die Industrie. Und wenn man die Sache weiter verfolgt, so erkennt man, daß der Bankrott der kapitalistischen Warenproduktion vor der Tür steht. Mit Ausnahme von England gibt es wohl keinen Staat mit einigermaßen eigener Industrie, der nicht um sein Herrschaftsgebiet eine Schutzmauer errichtet hätte, um der eigenen Industrie auf dem einheimischen Markt die Konkurrenz der Industrien fremder Länder fernzuhalten. Nur England, das größte Industrie- und Handelsland der Welt, machte mit seinem Freihandel bisher eine Ausnahme. Und es stand sich auch nicht schlecht dabei. Dadurch, daß es allen Ländern der Welt gestattet, ihre Produkte auf den englischen Markt zu bringen, erwarb es sich in den meisten dieser Länder gute Abnehmer für seine Industrieprodukte. Namentlich die Agrarstaaten, die ihre landwirtschaftlichen Produkte ungehindert auf dem englischen Markt absetzen konnten, gaben den Industrieprodukten Englands, gegenüber denen der agrarischen Hochschutzzollländer, wie z. B. Deutschland, den Vorzug. Darauf ist es in erster Linie mit zurückzuführen, daß England bisher mit seinem Weltmarkt an der Spitze stand. England schützte also bisher seinen inneren Markt nicht, sondern war vor allen Dingen bemüht, seinen äußeren Markt zu erweitern. Und das war eine Handelspolitik, die zweifellos von großer Umsicht zeugte. Um so mehr wird es überraschen, daß nun auch in England eine starke Strömung für Schutzzölle besteht. Vor einigen Monaten war sogar eine aus englischen Wollwebern bestehende Kommission in Deutschland, welche einige Orte der deutschen Tuchindustrie bereiste, um die Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der deutschen Wollweber zu studieren. Die Kommission hat jetzt einen in englischer Sprache erschienenen Bericht herausgegeben, in dem sie die Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der deutschen Tucharbeiter, namentlich in Forst und Kottbus, lobt über den Haas. Es wird in diesem Bericht zum Ausdruck gebracht, daß die deutschen Textilarbeiter nur dem Schutzoll verdanken, daß ihre Lage eine so gute sei, wie sie die englische Kommission wahrheitswidrig schildert; und es soll nach diesem Bericht auch die englische Textilarbeiterschaft für die Hochschutzzollgesetzgebung eingetragene werden. Sobald uns die wörtliche Uebersetzung des Kommissionsberichts vorliegen wird, werden wir uns noch näher damit beschäftigen. Nur so viel sei heute schon gesagt, daß die Kommission die Tatsachen in geradezu ungeheurer Weise verfälscht hat. Das mußte sie aber auch, wenn sie für den Schutzoll Propaganda machen wollte, denn wenn sie die Wahrheit berichtet hätte, so würden die englischen Tuchmacher ausrufen: Bleibt uns bloß mit dem Schutzoll vom Leibe!

Leider haben unsere Unternehmer, in ihrer aus lauter Haß gegen die Arbeiter hervorgegangenen Verblendung, erheblich dazu beigetragen, die falschen Darstellungen der englischen Kommission drüber zu bekräftigen. Als die ersten Broden des angeblichen Befundes der Lohn- und Arbeitsverhältnisse deutscher Textilarbeiter von der englischen Kommission in die Öffentlichkeit lanciert wurden, war das ein gesundes Fressen für unsere Scharfmacher und Hochschutzzöllner. Die „Arbeitgeberzeitung“, der „Confectionair“, ja sogar der alte Schleiffen, die „Schleiffische Zeitung“, fielen über die Arbeiter her, indem sie auf jenen englischen, unzuverlässigen Bericht verwiesen. Das „Wollengewerbe“ und der „Confectionair“ waren die einzigen uns zu Gesicht gekommenen Unternehmerblätter, denen wohl die Sache nicht recht gebeuer vorkam und welche sich zu der Bemerkung aufschwangen, daß der Bericht manche schiefe Darstellung enthalte. Die anderen Unternehmerblätter aber, allen voran das Sprachrohr der Scharfmacher, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, tappeten in ihrer grandiosen Dummheit in die geschickt aufgestellte Falle der englischen Schutzöllner hinein, indem sie triumphierend die Plunderereien der englischen Kommission herumschwenkten und dabei über die Begehrlichkeit der deutschen Textilarbeiter zeternten sowie gegen die Sozialreform hetzten. Und jene Scharfmacherblätter können für ihre Dummheit nicht etwa den

mildernden Umstand in Anspruch nehmen, daß ihnen nicht bekannt gewesen sei, welchem Zwecke die nach Deutschland entsandte Kommission dienen sollte. O nein! Am 7. März 1909 erst druckte die „Arbeitgeberzeitung“ folgenden Artikel aus dem „Deutschen Boten“ ab:

„Die englische liberale Presse hat von jeher wenig für Deutschland übrig gehabt. Militarismus und Bureaucratismus ist ihr ein Abscheu. In neuester Zeit wurde sie bekanntermaßen durch die Chamberlainische Tarifreform alias Schutzollpropaganda dazu gedrängt, den Freihandel mit allen Mitteln zu verteidigen. Die Schutzöllner stellen bei ihrer Agitation Deutschland als nachahmenswertes Beispiel hin; die Liberalen taten prompt das Gegenteil und waren in der Wahl ihrer Mittel, besonders in der Hitze des Wahlkampfes nicht gerade wählerisch. Ihre Hauptargumente holten sie sich aus der Rühlkammer der deutschen Sozialdemokratie, und man kann sich wohl denken, welche Begriffe über deutsche Verhältnisse und besonders die deutschen Arbeiter der englischen Bevölkerung, zumal den unteren Klassen, beigebracht wurden. Der deutsche Arbeiter war danach ein Lohnsklave, der sich kümmerlich von schwarzem, saurem Brot, von Pferde- und Hundfleisch nährte und elend wohnte; er wurde überhaupt als in jeder Hinsicht weit unter dem englischen Arbeiter stehend hingestellt.

Es ist deshalb nur mit Freuden zu begrüßen, wenn diesen falschen Vorstellungen von englischer Seite entgegengearbeitet wird. Die englischen Arbeiterdeputationen, deren etwa ein halbes Duzend in den letzten Jahren in Deutschland waren, um sich mit eigenen Augen über deutsche Verhältnisse zu orientieren, haben in ihren Berichten viel dazu beigetragen, gesunde Ansichten über deutsche Arbeiterverhältnisse zu verbreiten. Sie sind natürlich in Deutschland fast überall außerordentlich freundlich aufgenommen worden und haben recht günstig berichten können. Vielleicht manchmal fast zu günstig; sie sind in der Mehrzahl der Fälle von Anhängern der Tarifreformbewegung ausgeführt worden. Aber im allgemeinen haben sich doch die einzelnen englischen Arbeiter ein unbefangenes Urteil erhalten. Es ist deshalb höchst bedauerlich, daß gerade die liberale englische Presse diese Berichte einfach totschweigt.

Die letzte dieser Arbeiterdeputationen, die ihren Bericht kürzlich veröffentlicht hat, ist eine Abordnung aus der Yorkshire Wollen-Industrie, die Berlin, Forst, Kottbus und Grimnitz besuchte hat. Die Deputation weiß viel Gutes zu berichten, besonders von Forst; was aber hauptsächlich interessiert, ist, daß sie zu dem Ergebnis kommt, daß die Löhne sich im großen und ganzen auf etwa der gleichen Höhe halten wie die englischen, daß die Fabrikanlagen vorzüglich sind, daß für den deutschen Arbeiter, vom Staate sowohl wie von den Gewerkschaften gut gesorgt wird und daß unsere Arbeitergesetzgebung bezügliches geleistet hat und den Dank der deutschen Arbeiter verdient. England sei in dieser Hinsicht weit hinter Deutschland zurück. Die Deputation konstatiert weiter, daß die Arbeitslosigkeit weit geringer sei als in England, und führt das zurück auf unsere Schutzöllner und die Preisconventionen der Arbeitgeber, die eine übermäßige und auch für den Arbeiter schädliche Konkurrenz verhindern.

Abgesehen von der Wiedergabe der falschen Darstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Textilarbeiter, geht aus dem vorstehenden hervor, daß den Unternehmerblättern, die das geschrieben haben, bekannt war, daß die Kommission nur in Deutschland war, um Material für die Hochschutzzöllner in England zu sammeln. Wenn jetzt die Schutzöllner in England mit solchen Auslassungen, wie der vorstehenden, für ihre Schutzöllnzwecke haustieren gehen, so ist das nur der Dummheit der deutschen Scharfmacherpresse zu verdanken. Und man kauft sich nicht; die Strömung für Schutzöllner ist in England weit größer, wie mancher denkt. Zwar hat auf der letzten Jahresversammlung der englischen Handelskammern der Freihandel noch den Sieg davongetragen. Aber wenn wir uns das Abstimmungsergebnis ansehen, so erweist dieses in uns das Gefühl, daß dieser Sieg nur ein Phosphorsieg gewesen ist. Denn von 109 Handelskammern stimmten 46 für Freihandel, 31 dagegen und 32 enthielten sich der Abstimmung. Man wird die letzteren schon zu unsicheren Kantonten für den Freihandel rechnen müssen und es wird mit Sicherheit damit zu rechnen sein, daß auch England, allerdings nur für Industrieprodukte, eine Zollmauer um seinen inneren Markt legen wird. Man wird es allerdings England nicht verdenken können, wenn es schließlich daselbe tut, was andere Staaten lange vor ihm getan haben. Es ist diese Maßregel nichts anderes, wie eine Folge der zunehmenden Industrialisierung der Welt. Solange die meisten europäischen und die überseeischen Länder reine oder größtenteils reine Agrarstaaten waren, hatte England mit seiner hochentwickeltesten Industrie nichts zu befürchten. Es war den Industrien anderer Länder technisch weit überlegen und hatte deshalb nicht zu befürchten, daß ihm diese auf dem einheimischen Markt große Konkurrenz machen würden. Das ist aber inzwischen anders geworden. Viele ehemalige europäische und auch eine Reihe überseeische Agrarstaaten haben sich inzwischen zu Industriestaaten entwickelt oder sind doch auf dem besten Wege dazu. Industriestaaten zu werden. England hat dadurch nicht nur Absatzgebiete für seine Produkte verloren, sondern auch ebenbürtige Konkurrenten auf dem einheimischen wie auf dem Weltmarkt erhalten. Namentlich Deutschland, welches in den letzten Jahrzehnten einen geradezu fabelhaften industriellen Aufschwung genommen hat, hat ihm die Absatzgebiete mit Erfolg freitig gemacht. Aber diese Tatsache verdankt Deutschland nicht dem Schutzöllnsystem, wie die Engländer glauben machen, sondern nur der Intelligenz und Mühsigkeit der deutschen Arbeitererschaft und den Hungerlöhnen, mit denen die Arbeiter abgespeist werden. Wir werden auch hierfür noch die Beweise erbringen. Nur soviel sei heute schon gesagt, daß es gerade die den deutschen Arbeitern gezahlten Hungerlöhne sind, welche die Amerikaner bei der jetzigen Tarifreform benutzen, um die Notwendigkeit höherer Schutzöllner zu begründen. Sie setzen nämlich neben die amerikanischen Löhne die in Deutsch-

land gezahlten, und verlangen, daß der Zoll so hoch gesetzt werde, daß die Differenz zwischen den Arbeitslöhnen durch die Schutzöllner ausgeglichen werde.

Daß die Schutzöllner nicht zur Hebung der Lage der Arbeiter beigetragen haben, wissen auch die englischen Arbeiter; wenigstens soweit sie organisiert sind und mit den deutschen Arbeitern in ständiger Fühlung stehen. Die englischen organisierten Textilarbeiter wünschen daher nichts Sehnlicheres, als daß es den deutschen Textilarbeitern gelingen möge, höhere Löhne durchzusetzen. Denn es ist ja gelogen, daß, wie die „Arbeitgeberzeitung“ schreibt, die deutschen Textilarbeiterlöhne so hoch sind wie die englischen. Das ist Plunkerei der Scharfmacherblätter. Die deutschen Textilarbeiterlöhne sind auch nicht nur annähernd so hoch wie diejenigen der englischen Textilarbeiter. Letztere aber wünschen sehr, daß die Löhne der deutschen Textilarbeiter steigen mögen, weil sie, die englischen, nur in diesem Falle eine weitere Lohnaufbesserung durchsetzen können.

Ja, die englischen Textilarbeiter wünschen um so sehnlicher eine Lohnaufbesserung ihrer deutschen Kollegen, weil sie in letzter Zeit sogar unter Hinweis auf die deutsche Konkurrenz in eine Lohnreduzierung einwilligen mußten. Daraus wohl schon zu ersehen, daß die Behauptungen der in Deutschland gewesenen Kommission nichts als eitel Plunkerei sind.

Nein, weder die deutschen Arbeiter noch die deutsche Industrie haben dem Schutzöll etwas zu danken, was für sie von Vorteil gewesen wäre. Den deutschen Arbeitern haben die Schutzöllner teure Lebensmittel gebracht und der deutschen Industrie teure Rohstoffe und einen kaufunfähigen inneren Markt. Nutzen, und zwar enormen Nutzen brachten die Schutzöllner nur den Junkern von Kar und Palm und den großen Rohstoffhändlern. Die weiterverarbeitende Industrie aber, gerade die Industrie, die mit ihren Produkten auf den Weltmarkt angewiesen ist, die hat unter den Schutzöllnen enorm gelitten. Die Unternehmer der Rohstoffe und Halbfabrikate benötigten die Schutzöllner zur unerschämtesten Preistreiberei, indem sie sich zu Kartellen zusammenschlossen und nun einfach die Preise diktierten. Namentlich die Eisen- und die Textilindustrie hatte schwer unter dieser Schröpfungspolitik der Rohstoffkartelle zu leiden. Die Vieleselder Handelskammer sagt darüber:

„Unter diesen Verhältnissen kann von einem Bewahren der vorhandenen Kartelle bei der jetzigen Konjunktur nicht mehr die Rede sein. Durch die gewaltsame Hochhaltung der Preise haben sie die Verbraucher in ganz enormer Weise beunruhigt, und zwar in einer Zeit, in der ein maßvolles Zurückgehen der Preise von wahrhaft segensreichen Folgen gewesen wäre.“

Das ist deutlich genug. Nun sagen ja zwar die Schutzöllner bei uns, durch die landwirtschaftlichen Schutzöllner sei ein kräftiger innerer Markt geschaffen worden. Der Bauer sei kaufkräftiger geworden und dadurch die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes gestiegen. Das letztere ist zweifellos richtig. Durch die agrarischen Schutzöllner wurden die Lebensmittel enorm verteuert und dadurch die Kaufkraft der Arbeiterschaft für Industrieprodukte erheblich geschwächt. Was also dadurch gewonnen sein sollte, daß nun die Landwirte von den Großgrundbesitzern bis zu den Mittelbauern — die kleinen Bauern haben keinen Nutzen aus den Agrarzöllnen — kaufkräftiger geworden sind, das ist auf der anderen Seite durch die aus den agrarischen Schutzöllnen resultierende Kaufunfähigkeit der Arbeiterschaft vielfach wieder verloren gegangen. Obendrein aber hat diese agrarische Schutzöllnpolitik der deutschen Industrie die Tore jener Länder zugeschlagen, deren landwirtschaftliche Produkte von unserem Inlandsmarkt ferngehalten wurden. Man mag sich also diese Sache ansehen, von welcher Seite man will, man wird immer wieder zu der Erkenntnis kommen, daß das Schutzöllnsystem weder der deutschen Industrie noch der deutschen Arbeiterschaft irgendwelche Vorteile, wohl aber Nachteile bringt.

Nun wird man aber fragen, ja, wenn das so ist, warum bauen denn dann die Staaten ihre Zollmauern immer höher und warum besteht denn nun in England, dem flässiichen Lande des Freihandels, eine so starke Strömung für das Schutzöllnsystem? Gewiß, diese Frage ist berechtigt, aber sie ist auch nicht schwer zu beantworten. Wenn die Staaten die Zollmauern höher bauen und solche, die bisher den Freihandel hatten, das Schutzöllnsystem einführen, so liegt das einfach daran, daß, während die kapitalistische Produktionsweise fortwährend umfangreicher wird, durch die fortschreitende Industrialisierung der Welt die Absatzgebiete für die Produkte immer kleiner werden und infolgedessen jedes Land dazu schreitet, seiner Industrie den Markt im eigenen Lande zu sichern. So ist das eben jetzt auch bei England. Wir haben oben schon ausgeführt, warum die Schutzöllnstimmung in England im Wachsen begriffen ist. Es soll durch Fernhalten der Produkte anderer Länder vom Inlandsmarkt auf diesem ein Ersatz für die im Auslande verloren gehenden Absatzgebiete geschaffen werden. Und es ist immerhin möglich, daß auf diese Weise, wenn auch nur vorübergehend, der englischen Industrie Erleichterung im Absatz der Produkte geschaffen wird. Denn obwohl die englische Textilindustrie in ihrem Umfang die deutsche um das Vier- und Fünffache überholt hat, hat die deutsche Textilindustrie nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ im Jahre 1907 für rund 800 Millionen Mark Waren nach England verkauft. Das ist beinahe ein Viertel der Gesamtsumme, für die im Jahre 1907 Textilwaren von Deutschland in andere Länder ausgeführt wurden. Allerdings liefert auch England an Deutschland für erhebliche Summen Textilwaren, und wenn es zum Schutzöll übergehen sollte, dann würde auch Deutschland seine Zollmauer noch höher zu bauen suchen, so daß also der Erfolg für die englische Industrie kein allzu großer werden dürfte.

Aber wenn wir nun sehen, daß alle Staaten mit einigermaßen entwickelter Industrie um ihr Herrschaftsgebiet hohe und immer

höhere Schutzollmauern errichten, da taucht doch die Frage auf, wo denn das eigentlich hinführen soll? Nun, auch hierauf ist die Antwort nicht schwer. Diese Schutzollmauern bedeuten nichts anderes, wie den Bankrott der kapitalistischen Produktionsweise. Die kapitalistische Produktionsweise kann nur aufrechterhalten werden, wenn immer genügend große Absatzgebiete vorhanden sind für die Produkte, die über den Konsum im Inlande erzeugt werden. Und da liegt eben der Haken im Pfeffer. Die kapitalistische Produktion, sie hat sich in den Schlingen ihrer zahlreichen Widersprüche gefangen, und die Schutzölle sollen ihr nun wieder aus diesen Schlingen herauszuziehen; was ihnen aber nicht gelingen kann. Die Schutzölle sind vielmehr ein Mittel, mit dem es der kapitalistischen Produktion ebenso ergehen wird wie jenem Jungen, der, in einer Schlinge zappelnd, die Hand zwischen Strick und Hals schob, um die Schlinge auseinanderzuziehen, dadurch aber den Raum in der Schlinge nur noch mehr ausfüllte und den Ersticken noch früher herbeiführte.

In welcher Weise die kapitalistische Produktion sich selbst ihr Grab schaufelt, werden wir im nächsten Artikel untersuchen.

## Die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse des Proletariats unter der privatkapitalistischen Produktionsweise.

II.

Im ersten Teile dieses Vortrages hatte Kollege Krähig Vergleiche gezogen zwischen den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Arbeiter unter früheren Produktionsweisen und unter der heutigen; Vergleiche, die keineswegs zum Vorteil der heutigen Produktionsweise ausgefallen waren. Als Ursache für diese Erscheinung war die Tatsache angeführt worden, daß der Kapitalist die Arbeiter eben nur beschäftigt, um durch Raubbau an ihrer Arbeitskraft, das heißt dadurch, daß die Arbeiter gezwungen werden, weit mehr Produktionswert zu schaffen, wie sie als Lohnwert bekommen, möglichst große Summen Geld zu verdienen. Im zweiten Teile sollen die Mittel gezeigt werden, deren sich der Kapitalist bedient, um diesen Zweck zu erreichen.

Krähig führte weiter aus: Der Lohn, den der Arbeiter für die Ausnutzung seiner Arbeitskraft erhält, ist in der Regel nur so hoch bemessen, daß er den Arbeiter so lange arbeitsfähig erhält, bis die nächste Generation der Proletarier zur Ausbeutung reif ist. Wir haben immer mehr Fälle zu verzeichnen, wo die Kapitalisten Arbeiter, die über vierzig Jahre alt sind, als „schon zu alt“ nicht mehr in Arbeit nehmen. Der Kapitalist beginnt immer mehr damit zu rechnen, daß in 20, höchstens 25 Arbeitsjahren die Kraft des Arbeiters so stark ausgenutzt ist, daß ihm eine weitere Ausnutzung nicht mehr gewinnbringend genug erscheint. Eine Ausnahme macht man nur in Zeiten guten Geschäftsganges, wenn Arbeitermangel besteht. Um so sorgfältiger sieht man aber die älteren Arbeiter aus und vermeidet ihre Einstellung in den Zeiten der Krise. Wenn nun die Kapitalisten damit rechnen, daß in 20, höchstens 25 Arbeitsjahren die Kraft des Arbeiters so weit ausgenutzt ist, daß ihnen die weitere Ausnutzung nicht mehr gewinnbringend genug erscheint und sie das Bestreben haben, die ausgenutzte Arbeitskraft durch eine junge, frische Arbeitskraft zu ersetzen, dann muß der Lohn des Arbeiters, auch wenn er nur zum Kräftigen der nächsten Lebensnotdurft reicht, immerhin so hoch sein, daß der Arbeiter nicht nur seine Arbeitskraft so lange erhält, bis der Erbsatz herangewachsen ist, sondern er muß so hoch sein, daß der Arbeiter Kinder erzeugen und erziehen kann, die als Arbeitskräfte zum Ersatz der arbeitsunfähigen oder sonst nötigen Arbeitskräfte erforderlich sind. Der Lohn muß also so hoch sein, daß der Arbeiter eine Familie gründen und Frau und Kinder ernähren kann. Ist der Lohn des Arbeiters nun heute so hoch, daß er Frau und Kinder ernähren kann? Nun nein, in den allermeisten Fällen ist er weit niedriger. Und warum ist er weit niedriger? Nun weil heute, im Zeichen der hochentwickeltesten Wissenschaft, nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder — denn Personen bis zu sechzehn Jahren sind nichts anderes als Kinder — zur industriellen Warenproduktion verwandt werden. Der Kapitalist sagt sich nun, wenn die Frau und von frühester Jugend an auch die Kinder, welche letztere vor ihrer Tätigkeit in der Fabrik schon häufig in der Heimindustrie tätig sein müssen, imstande sind, für sich selbst den Lebensunterhalt zu besorgen, dann braucht der Lohn des männlichen Arbeiters nicht mehr so hoch zu sein, daß er die Familie ernähren kann, dann kann er fast ganz auf den Betrag herabgesetzt werden, den der männliche Arbeiter zur Erhaltung seiner eigenen Person braucht. Und so macht er es auch. Der bearbeitete Arbeiter ist zwar nach dem bürgerlichen Gesetzbuch zum Unterhalt der Familie verpflichtet und er kann hart bestraft werden, wenn er sich dieser Verpflichtung entzieht. Wie wir aber an den heutigen Lohnverhältnissen erkennen, ist es den allermeisten Arbeitern unmög-

lich, ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Und wenn die Arbeiter auf diesen unhaltbaren Zustand hinweisen, dann sind es die Unternehmer selbst, welche die Arbeiter darauf hinweisen, doch ihre Frauen mitarbeiten zu lassen. Vor einiger Zeit war es der Direktor der Berliner Straßenbahnen, der die beantragte Lohnerhöhung der Angestellten damit abtat, nur die Frauen mitarbeiten zu lassen, und jetzt hat ein Musikdirektor gegenüber seinen Angestellten dasselbe getan. Dieser Herr hat seinen Angestellten unter anderen Vorschlägen sogar den empörenden Vorschlag gemacht, ihre Frauen durch Modellstehen Geld verdienen zu lassen. Nicht lange mehr wird es dauern, dann besitzen die Unternehmer die Freiheit, den Arbeitern zu empfehlen, ihre Frauen der Prostitution zuzuführen, um das zur Erhaltung der Familie beizutragen, was dank der den Arbeitern gezahlten Hungerlöhnen zur Erhaltung fehlt.

Es bedarf keiner weiteren Worte, daß die Frauen- und Kinderarbeit den Kapitalisten äußerst willkommen ist. Denn die Frauen- und Kinderarbeit erniedrigt nicht nur die Erhaltungskosten der Arbeiter, sie drückt nicht nur die Löhne herab, sondern sie hat für den Kapitalisten den unschätzbaren Vorteil, daß sie das Angebot von widerstandsfähigen Arbeitskräften vermehrt und die Widerstandskraft der männlichen Arbeiter sehr häufig bricht. Natürlich bedeutet die industrielle Frauenarbeit nichts anderes, wie die Zerstörung des Familienlebens der Arbeiter. Wo die Frau und Mutter zehn Stunden und länger in der Fabrik sich schinden muß, kann sie für die Arbeit im Haushalt recht wenig und für die Erziehung der Kinder so gut wie gar keine Zeit aufwenden. Ihr ganzes Leben besteht in nichts anderem, wie in einer ununterbrochenen Hölle, die nur dann eine Unterbrechung erleidet, wenn sie erschöpft zusammenbricht und auf dem Krankenlager liegt. Und ebenso schlimm, ja fast schlimmer noch, ergeht es der Frau, die sich bei der meist ganz miserabel bezahlten Heimarbeit abschinden muß, um etwas zu verdienen. Ihre Arbeitszeit beträgt meist keine zehn Stunden, sondern 12 bis 15 Stunden. In allen diesen Fällen ist es der Kapitalismus, der das Familienleben der Arbeiter zerstört.

Aber nicht nur die Frauen- und Kinderarbeit ist ein Mittel der Kapitalisten, die Löhne der Arbeiter herabzudrücken, um dadurch den Mehrwert zu erhöhen, sondern ein ebensolches Mittel ist das Bestreben der Kapitalisten, Arbeiter aus zurückgebliebenen Gegenden des In- und Auslandes als Lohnrücker heranzuziehen. Und gerade in dieser Beziehung leistet man ja jetzt in Deutschland das Menschenmöglichste. Wie Viehherden werden die galizischen und polnischen Arbeiter verschleppt. Als Staatsbürger werden die Polen entrechtet; unsere Statuten, die ja hauptsächlich in den Reichen der Kapitalisten zu suchen sind, möchten sie am liebsten vergiften, aber als Lohnrücker sind ihnen die Polen höchst willkommen. Kann man doch mit ihrer Hilfe die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabdrücken. Welche Vorzüge solche Arbeiter in den Augen der Kapitalisten haben, das brachte kürzlich die „Tonindustrie-Zeitung“ zum Ausdruck, welche die „Vorzüge“ des galizischen Arbeiters folgendermaßen hervorhob:

„Vom Lande kommend, ist er schon seiner religiösen Gesinnung wegen der sozialdemokratischen Organisation in den ersten Jahren vollständig unzugänglich. In dem richtigen Bewußtsein, daß er den Arbeitern anderer Herkunft im Bildungsgrade und in den Leistungen nachsteht, hält sich der galizische Arbeiter von den anderen vollständig zurück. Er begnügt sich mit einem geringeren Verdienste und gewöhnt sich, allerdings nur bei strenger Beaufsichtigung, an pünktliche, regelmäßige Arbeit. Die Tatsache jedoch, daß er durch die Schnapsseuche, die in Galizien herrscht und durch die schlechte Ernährung zu Hause anfangs ein minderwertiger Regalarbeiter ist, läßt sich nicht leugnen. Andererseits hat die Erfahrung gelehrt, daß er, sobald er seine bessere Verpflegung bekommt und sich bei sachgemäßer Anweisung richtig eingearbeitet hat, keineswegs den Arbeitern anderen Stammes, besonders in der schematischen Arbeit, nachsteht. Da die galizischen Arbeiter von den großen Werken gewöhnlich für eine ganze Kampagne kontraktlich verpflichtet werden, können sie während der ganzen Saison nicht wechseln, was für den Arbeitgeber von größtem Vorteil ist.“

Und daß diese braven, genügsamen, durch Kontrakte, die sie nicht lesen und noch weniger verstehen können, gefesselten Arbeiter nicht über ihre wirtschaftliche Lage aufgeklärt werden können, dafür hat der freisinnig-liberal-konservative Regierungsbund im vorigen Jahre durch das im Vereins- und Versammlungsrechte errichtete Verbot der Muttersprache in den Versammlungen fremdsprachiger Arbeiter gesorgt. In der letzten Zeit haben wir es mehrfach erlebt, daß, wie beim Bau des zu erweiternden Nord-Ostsee-Kanals und beim Bau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin, den deutschen Arbeitern gewisser Bezirke die Annahme von Arbeit erschwert oder gar verboten wurde, während ausländische Arbeiter angestellt wurden. Diefelbe Erscheinung zeigt sich in rheinisch-

westfälischen Kohlenrevier. Dort sind Tausende von Arbeitern arbeitslos und doch holt das Kapital fortgesetzt weitere ausländische Arbeitskräfte heran. Warum geschieht das? Nun, es geschieht, um den Arbeitsmarkt mit Arbeitskräften zu überfluten. Die industrielle Reservearmee, wie Karl Marx die arbeitslose Arbeitermasse genannt hat, soll möglichst umfangreich sein, um den Kapitalisten als wirksamstes Mittel zur Niederhaltung der Arbeiter erfolgreiche Dienste in der Ausbeutung der Arbeiter zu leisten. Ist die industrielle Reservearmee recht groß, hungern recht viele Arbeiter, weil sie ihre Arbeitskraft nicht verkaufen können, dann kann der Kapitalist die Ausbeutungsschraube noch schärfer anziehen. Laufen deshalb die Arbeitenden davon, dann treten die bisher hungernden Arbeitslosen an ihre Stelle. Die Kapitalisten sind daher recht darauf bedacht, die industrielle Reservearmee als ständige Einrichtung zu erhalten. Daher sind sie auch so entschlossene Gegner der Arbeitslosenversicherung durch den Staat. Sie wollen eben nicht, daß den Arbeitern irgendwelche Existenzmittel zur Verfügung stehen, wenn sie arbeitslos sind. Die Arbeiter, die keine Arbeit haben, sollen hungern; denn nur wenn sie hungern, sind sie gezwungen, sich unter noch so schlechten Bedingungen zur Arbeit anzubieten und die Löhne herabzudrücken. Die Arbeitslosigkeit ist daher eine ständige Einrichtung in der kapitalistischen Gesellschaft. Arbeitslose gibt es immer, nur ist ihre Zahl nicht immer so riesengroß wie in der jetzigen Krise. Gegenwärtig herrscht infolge der Arbeitslosigkeit unter einem großen Teile der deutschen Arbeiterschaft ein himmelschreiendes Elend. Und dieses himmelschreiende Elend ist ein ganz unverschuldetes, aber auch ein solches, welches den Widerstimm der kapitalistischen Produktionsweise ins hellste Licht rückt. Unter der Herrschaft des Kleinbetriebes, sagt Kaustich, war das Einkommen des Arbeiters in der eigenen Wirtschaft um so größer, je fleißiger er war. Faustrecht dagegen ruinierte ihn. Heute ist es wieder umgekehrt. Die Arbeitslosigkeit ist um so größer, je länger die Arbeiter arbeiten, je fleißiger sie also sind. Der Fleiß der Arbeiter begründet also nicht ihr Glück, sondern ihr Unglück. Ja, es ist ein wahrhaft fluchwürdiger Zustand, den die kapitalistische Produktionsweise über das Proletariat gebracht hat. Ueberarbeit, Arbeitslosigkeit und Auflösung der Familie, diese Dreieinigkeit des Elends, hat das Proletariat der kapitalistischen Produktionsweise zu verdanken. Und gegen diesen fluchwürdigen Zustand ist der einzelne Proletarier machtlos. Durch eigene Kraft kann sich der Proletarier nicht aus dem Elend herausarbeiten, in welches ihn die kapitalistische Produktionsweise stößt. Eine Erhebung des einzelnen Proletariats ist nur möglich durch die Hebung der ganzen Klasse, der er angehört. Um dies zu erreichen, ist die politische und wirtschaftliche Organisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen unerläßliche Vorbedingung.

## Ein Elendsbild aus dem Gegenwartsstaate.

Nicht bei Braunschweig liegt der Ort Bechelde, in dem sich die eine der beiden Fabriken befindet, die der Aktiengesellschaft für Jute- und Flachindustrie in der Stadt Braunschweig gehören. Diese Gesellschaft entnimmt den beiden Fabriken jährlich 12 bis 16 Proz. Dividende und fertigt ihre Arbeiterinnen und Arbeiter mit recht kläglichen Löhnen ab. Das Arbeitermaterial in dem Bechelder Betriebe besteht in seinen 450 bis 500 Personen fast ausschließlich aus Polen, Russen und Galizier; die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, denen man aber doch das Statut der Arbeiterkassenklasse und die Arbeitsordnung nur in deutscher Sprache übermittelt, während man den Leuten die langfristigen, einjährigen Arbeitskontrakte allerdings in ihrer Landessprache unterbreitet. Das Leben dieser armen Jutesklaven gestaltet sich um so trauriger, als auch nicht im geringsten für die Unterbringung des Arbeiterpersonals gesorgt wird.

Seit vielen Jahren besteht in Bechelde ein grauenhaftes Wohnquartier direkt unter den Augen der staatlichen und Ortsbehörden, ohne daß das Elend bei diesen auch nur das geringste Eingreifen zur Folge gehabt hätte. Dabei schreit die Wohnnot seit Jahrzehnten zum Himmel.

Wir unternehmen an einem der letzten bitterkalten Tage eine Besichtigung eines Teils der „Wohnungen“, in denen die Arbeiter zu hause gezwungen sind. Was wir da erschauten, erfüllte uns mit Grauen, aber auch mit tiefer Verachtung gegen die heutige Gesellschaft, die ein solches Wohnquartier duldet und züchtet. Mögen die von uns ermittelten Tatsachen und Messungen ergeben, welches Verbrechen die bürgerliche Gesellschaft an den armen Proletariern seit langem begangen hat und immer noch begeht.

Unter ortskundiger Führung betreten wir ein Hinterhaus, einen Stall, dem ein nettes Vorderhaus vorgebaut ist. Wir betreten ein nasses Zimmer, 8x4x2,60 Meter groß. In demselben wohnen

## Monatsrevue über das Textilgewerbe.

Eine ganze Reihe Ereignisse liegen vor, welche auf den Geschäftsgang in der Textilindustrie ungünstig einwirken. Da sind zunächst die zugespitzten politischen Verhältnisse, welche die Gefahr heraufbeschworen haben, jedoch Augenblick einen Weltkrieg entbrennen zu lassen. Seit Monaten geht nun schon diese Beunruhigung vor sich. Erst beunruhigten die Säbelrasseleien gegen England, dann kam die Casablanca-Affäre und nun haben wir den Konflikt zwischen Serbien und Oesterreich, bei dem nun alles soweit hergerichtet ist, daß auf einen Wink hin die Massenmenschenmörderei beginnen kann. Natürlich kann sich unter solchen Umständen das geschäftliche Leben nicht entwickeln. Niemand kann sagen, welchen Ausgang die Sache nimmt, ob nicht die Kanonen in diesem Konflikt das letzte Wort reden werden und ob dann nicht alle geschäftlichen Unternehmungen zusammenbrechen. Es wäre wirklich an der Zeit, daß dieser Konfliktstoff aus der Welt geschafft würde, damit die so schwer auf der Arbeiterschaft lastende Wirtschaftskrise besseren Wirtschaftsverhältnissen Platz machen könnte. In allen Geschäfts- und Situationsberichten wird geklagt, daß dieser verwinkelten politischen Verhältnisse wegen keine Unternehmungslust aufkommen will; alles wartet und wartet auf die Klärung der politischen Lage, und so vergeht immer eine Woche nach der anderen, wo kein nennenswertes Geschäft zustande kommt.

Neben diesen ungünstigen politischen Verhältnissen wird die Textilindustrie noch durch die in verschiedenen Staaten bevorstehenden oder schon in Angriff genommenen Zolltarifrevisionen in ihrem Geschäftsgange beeinträchtigt. Besonders ist es die Tarifrevision in Amerika, sowie diejenige in Frankreich, die einige Zweige der deutschen Textilindustrie lebhaft beunruhigt. Namentlich die Wirkwarenbranche — Handschuh- wie Strumpfwirkerei — ist es, die recht in Mitleidenenschaft gezogen wird. Aber auch der Seiden- und der Stickereiindustrie scheinen durch diese Zolltarifrevisionen neue Schwierigkeiten im internationalen Handel entstehen zu sollen. Was jetzt über das bekannt geworden ist, was die neuen Tarife an Neuerungen über die Höhe und die Erhebung der Zölle enthalten sollen, das ist allerdings wenig verlockend; aber es ist ja eben auch noch nicht Gesek. Immerhin aber wird man damit rechnen müssen, daß der deutschen Textilindustrie bei der Einfuhr ihrer Waren nach Amerika keine Erleichterungen, wohl aber neue Erschwerungen bereitet werden. Man will dort neben dem Gewinnszoll für eine Reihe Produkte auch noch einen Wertszoll erheben, zu dessen Bemessung die Engros- und Handels-

preise des Produktes in Amerika benutzt werden sollen. Bis jetzt wurde den Wertzöllen der deutsche Engros- und Handelspreis zugrunde gelegt. Wird nun die neue Bestimmung Gesetz, so bedeutet dies eine beträchtliche Erschwerung und Schitanerung der Einfuhr deutscher Waren. Das ist auch die Ursache dafür, daß sich in den Industriezweigen, deren Hauptabsatzgebiet in Amerika liegt, der Geschäftsgang nicht beleben will. Namentlich die Strumpfwirkerei des Erzgebirges hat schwer unter dieser Ungewißheit der späteren handelspolitischen Verhältnisse zu leiden. Jedoch ist hier eine sichere Besserung des Geschäftsganges zu erwarten, sobald die Tarifverhandlungen beendet sind. Die Berichte aller Unternehmerblätter stimmen darin überein, daß Amerika keine nennenswerten Lager in Strümpfen hat und daß, sobald die Tarifverhandlungen beendet sind, ein äußerst flotter Geschäftsgang einsetzen wird. Hoffentlich machen aber dann die Unternehmer die Lohnreduzierungen rückgängig.

Die französische Zolltarifvorlage bedroht auch eine ganze Reihe Branchen unserer Textilindustrie. Wir werden demnächst, nachdem die Sache etwas besser zu übersehen sein wird, in einem besonderen Artikel auf die Einzelheiten der Tarifvorlage zurückkommen. Diese ungeklärten zollpolitischen Verhältnisse lähmen den Unternehmungsgesinn und verflauen das Geschäft. Und als Dritter in diesem Unheilskreisläufe erscheint dann noch der kein Ende nehmende Winter. Eine Reihe Industriezweige, besonders die Seidenindustrie, hat sehr unter der Ungunst der Witterungsverhältnisse zu leiden.

Auf den **Rohstoffmärkten** haben sich Veränderungen gegenüber dem Vormonat nicht ereignet. Die zweite Serie der

**Londoner Wollauktion**, die am 9. März d. J. ihren Anfang nahm, hat durch die zutage getretene Preisfestigkeit in Merino- und Kreuzauktionen den Beweis erbracht, daß das Wollgewerbe sich eines weit besseren Geschäftsganges erfreut, wie die übrigen Zweige der Textilindustrie. Selbst wenn man der Vermutung Raum gewährt, daß die getätigten Wollkäufe nicht alles Bedarfskäufe, sondern zum Teil Käufe spekulativen Charakters sind, bleibt die Tatsache bestehen, daß die

**Wollbranche** einen verhältnismäßig besseren Geschäftsgang aufzuweisen hat, wie die anderen Branchen. Natürlich aber gibt es überall Ausnahmen.

Der **Rohbaumwollmarkt** ist jetzt als zu beachtender Faktor nahezu ausgeschlossen. Die Börsenplänkelleien vermögen heute niemand groß zu interessieren. Die Spinnereien haben ihren Bedarf eingebeamt und es berührt sie wenig, ob heute an der New Yorker Baumwollbörse die Preise um einige Punkte steigen, um morgen wieder um einige Punkte zu fallen.

Auf den **Flachs- und Leinwandmärkten** in Rußland herrscht, nachdem die Schifffahrt wieder offen ist, ein reger Verkehr. Große Abschlässe, bei denen die Verkäufer gut abfinden, kamen zustande. Andere Käufe erschlugen sich, weil die Verkaufspreise nicht reduziert wurden. Wir sehen also auch auf dem Rohstoffmarkt der Leinenindustrie eine feste Preissteigerung; eine Preissteigerung, die sich mit dem schlechten Geschäftsgang in der verarbeitenden Industrie in einem erheblichen Gegensatz befindet.

Der **Rohseidenmarkt** liegt matt. Dem „Berl. Tagebl.“ wird vom Mailänder Seidenmarkt geschrieben, daß dort die Lage so ungünstig sei, daß sie in eine Krise auszuarten drohe. Eine der ältesten Mailänder Seidenhandelsfirmen mußte bereits die Zahlungen einstellen.

Auf dem **Rohjute- und Flachmarkt** hat sich keine Veränderung von erwähnenswerter Bedeutung zugetragen.

Was die internationale Lage der Textilindustrie anbetrifft, so ist zu erkennen, daß die Krise auch in einer Reihe anderer Länder noch wenig Neigung zum Weichen verspürt. Die österreichischen Baumwollspinnereien sind jetzt zu einer Produktionsbeschränkung geschritten und genau dasselbe steht in England bevor.

Die Versammlung der Master Spinners Federation sandte am 10. d. an ihre Mitglieder, welche nordamerikanische Baumwolle verspinnen, eine Aufforderung, bis zum 25. März zu antworten, ob sie gewillt sind, bis zum Ende der Pfingstwoche 1/2 Tag in der Woche ihre Spinnereien zu schließen. Eine planmäßige und verbindliche Verkürzung der Arbeit sämtlicher in Betracht kommenden Spinnereien wird sich aber kaum ermöglichen lassen, da bekanntlich das Verhältnis zwischen den alten und den in den letzten Jahren entstandenen zahlreichen neuen Baumwollspinnereien recht gespannt ist.

unter Waschen und Kochen 8 Personen, ein alter, berunglückter Mann, ein Ehepaar mit 4 Kindern und ein junges, 17 Jahre altes Logismädchen. Der älteste Sohn der Familie ist 18 Jahre alt. Der alte Mann hat in einem Betriebe beide Füße verloren und hockt mit untergeschlagenen Beinen noch den ganzen Tag über im Bett. Von den Wänden läuft das Wasser herab. Einer Tisch kennt die Familie nicht, die gemeinsam mit dem jungen Mädchen in den beiden, mit halberfaultem Stroh gefüllten Betten gewöhnlicher Größe der nächtlichen Ruhe pflegt. Die ganze Wohn-, Schlaf- und Nahrungsausrüstung besteht in den beiden Betten, einem Stuhl, einer rohen Holzstange zur Aufbewahrung der Töpfe, einer Kohlenstange und einem winzigen kleinen, kaum 70 Zentimeter hohen und im Durchmesser 20 Zentimeter starken Kanonenofen, der zur Heizung und zur Herichtung der Speisen dient. Farbe oder Tapete sucht man an den Wänden vergeblich. Für diesen Viehstall muß die Familie wöchentlich 4 Mk. Miete zahlen. Da der Raum nur 31,20 Kubikmeter Luft hält, so entfallen auf den Kopf der Bewohner noch nicht einmal 8 Kubikmeter Luft. Dabei ist diese selbstverständlich vollständig verdorben. Im oberen Stock des Hauses daselbst flach eine kleine, dieselbe elende Ausstattung, dieselbe Ueberfüllung.

In einem Zimmer eines anderen Hauses wohnen 6 Personen, junge Burjken, Mädchen, Kranke und Gefunde, alles in bunter Reihe durcheinander. Das Zimmer ist schräg, ein Dachzimmer, 2,50x2,50x2,20 Meter groß. Im gleichen Hause wohnen in einem kleinen Zimmer 5 Personen, eine Familie, deren sämtliche Personen augenkrank sind, eine Folge der elenden Verhältnisse. Miete vierteljährlich 2,20 Mk. In einem anderen Räume desselben Hauses wohnt eine Mutter mit ihrem 17 Jahre alten Sohne und ihrer 15 jährigen Tochter. Alle schlafen in einem Bette des einzigen Wohnzimmers, das sehr feucht ist und mit 2 Mk. pro Woche bezahlt werden muß. Der Tisch ist zerbrochen, die beiden einzigen Stühle sind solche ganz roher Art. — Nebenan das gleiche Glend. Das „Zimmer“, ganz naß, wird von einer Frau bewohnt, deren Mann vor zwei Wochen nach Amerika gereist ist, da es ihm in Deutschland zu ungesund ist. Die Frau hofft, so sagt sie uns, bald — einen Logisgänger in ihr Zimmer zu nehmen. An den Wänden sitzen dicke Schimmelpilze.

Ein anderes „Zimmer“ erhält sein Licht durch ein Dachfenster, zu dem in einem engen Holzschachte ein Stock hinaufführt. Mit diesem Stock wird das Fenster geöffnet und geschlossen. Geschlossen jedoch nur insoweit, wie es der eigenartige Mechanismus zuläßt. Regen und Schnee finden ungehindert Zutritt durch das Fenster, das mit den Händen nur von einem flatterfingigen Schornsteinfeger oder einem Dachdecker erreicht werden kann. Die Wände des Raumes sind furchtbar naß und schmierig, der Ofen ist einer der aller schlechtesten Art, ein paar zusammengegekettete Zehlflechte wären ebenso gut. Trotzdem wird dieser Raum von 4 Personen, Mutter, 2 Kinder und einer Logisgängerin bewohnt. Mietpreis pro Woche 2 Mk. — Wand an Wand mit diesem ist ein gleichartiger Raum, dessen Fußboden vom Wasser bedeckt ist, das durch das Fenster in dem Schachte herunterrieselt. Der Strohhalt des Bettes, den wir unterfuchen, sinkt wie verfaulende Pflanzenteile in einem stinkigen Keller. Der Heiz- und Kochofen ist hier noch schlechter. Wer das den Boden von der Treppe abschließende Geländer berührt, läuft Gefahr, hinabzufürzen.

In einem anderen Hause wohnen in je einem stark feuchten, kleinen Zimmer und einer unbrauchbaren Küche je 4 Mädchen, die in zwei kleinen Betten schlafen. Farbe oder Tapete findet man an keiner einzigen der Zimmerwände, alle sind entweder mit Zeitungspapier beklebt, oder zeigen ein undefinierbares Gemengel von Grau und Schwarz, durchsetzt mit großen Schmierflecken und Löchern im Kalkputz. Dabei suchen die armen Mädchen das unmögliche möglich zu machen, sich die Räume wohnlich einzurichten. — In gleichen Hause bewohnen zwei Mädchen eine schräge Bodenkammer, deren gerade Decke nur 1,55 Meter breit ist. Der Raum ist, die Dachschräge im Mittel gemessen, 2,15 Meter breit, 3 Meter lang und nur 1,65 Meter hoch, so daß wir uns in ständig gebückter Stellung zu halten gezwungen sind. Der Fußboden besteht aus Gips. Für andere Möbel, als das Bett und je ein Tisch und Stuhl ist kein Platz vorhanden. 2 Mk. müssen die Mädchen für diesen leeren Raum zahlen. Die Zuteilungen verdienen im Durchschnitt, Männer- und Frauenlöhne zusammengerechnet, pro Woche 9,185 Mk.

Wir wandern zu einem anderen Hause. In einer Bodenkammer wohnt eine Familie mit drei Kindern und — einem Logismädchen. Die Wände sind furchtbar naß und müssen fortlaufend mit Tüchern abgewischt werden, wodurch selbstverständlich nur die sich an den Wänden bildenden Wassertropfen beseitigt werden. Zwei winzige kleine Fensterlöcher sollen der Luft- und Lichtzufuhr dienen. Der Fußboden besteht aus — Gips. Teilweise sind die Dachziegel nicht einmal verstrichen; man sieht durch die Pfalze der Ziegel direkt ins Freie. Das Elternpaar geht tagsüber zur Fabrik, gibt das kleinste, 1½ Jahre alte Kind, in die Pflege. Ein siebenjähriges Mädchen und ein vierjähriges Püblchen bleiben sich den ganzen Tag selbst überlassen. Die Wände des Raumes, für den leer vierteljährlich noch 17 Mk. Miete gezahlt werden müssen, sehen grauenhaft aus. Der Ofen zum Heizen und Kochen ist ein ganz erbärmliches, etwa 40 Zentimeter hohes, dreibeiniges eisernes Gestell, mit einem

muldenförmigen, etwa 15 Zentimeter tiefen Topf für das Feuer selbst. Die Treppenpassage zu diesem „Zimmer“ ist geradezu lebensgefährlich.

In einem anderen Hause wohnt ein Mädchen in einer schrägen Dachkammer, deren unbestrichene Dachziegel den Wind ungehindert durchpfeifen lassen. Das Fenster ist winzig klein, die Seitenwände sehen zerfallen und schmierig aus, der Fußboden besteht aus Gips. Das leere Zimmer kostet jede Woche 2 Mk. Miete. Der Zugang zu den Zimmern ist auf der steilen, ausgebreiteten und völlig dunklen Treppe äußerst gefährlich. — Im gleichen Hause darf eine Familie mit zwei Kindern in einem 4x2,50x2,50 Meter großen nassen Zimmer ohne Tapete oder Farbe für 3 Mk. Wochenmiete wohnen.

Im Nachbarhause sind alle Zimmer naß. Hier finden wir ein prächtiges „sittliches“ Döhl aus dem heutigen „Ordnungsstaate“. Die Zimmer liegen hintereinander, haben aber nur einen Zugang. Die hinten wohnenden jungen Mädchen dürfen ungeniert die vorderen, von Eheleuten und jungen Männern bewohnten Räume passieren, bei Tag und Nacht. Hurra, „die Sozialdemokratie untergräbt Moral und Sitte“!

Grauenhafte Wohnungen finden wir in einem benachbarten Stall, der einfach als Wohnraum benutzt wird. Eine Familie mit drei Kindern, einem 15 jährigen Mädchen, einem 12- und einem 4 jährigen Kinde, teilt einen Raum, der als „Stube“ bezeichnet wird, aber nicht heizbar ist, mit einem 15½ jährigen fremden Logisgänger. Alle schlafen in den dicht gegeneinander stehenden beiden Betten. Die Stubenwände sind mit dicken Schimmelpilzen bedeckt, ebenso die Wände der „Küche“, die der „Stube“ vorgelagert ist. Das „Wohngemach“ mißt 3x2,70x2,90 Meter, die Küche, in der sich die Leute aufzuhalten gezwungen sind, 2x2,70x3 Meter. Auf dem Steinboden der Küche steht das dicke Wasser, das auf dem Erdboden hervortritt. 4 Mk. Mietzins kostet diese „Wohnung“. Die Krankheiten der Haut (Krätze), der Augen und der inneren Organe der Menschen weiden hier das ganze Jahr nicht. — Im Nachbarhause ist ein sehr feuchtes Zimmer durch eine undichte Bretterwand in zwei Teile zerlegt. Im hinteren 2x3,5 Meter großen Räume schlafen — zwei junge Burjken als Mieter, im vorderen 3x3,50 Meter großen wohnt und schläft eine Familie von fünf Köpfen in zwei Betten. (Betten immer als halberfaultes Strohlager zu verstehen.) Der Familienvater war in der vorigen Woche nach Amerika abgereist. Die 35 Jahre alte Mutter, eine peinlich saubere Frau, soweit dies in diesem Lager möglich ist, klagt über ständige Schmerzen in der Brust. Der Mann hat jahrelang bei gehobener Arbeitszeit nur 13 Mk. Lohn erhalten, erst seit kurzem 15 Mk. Klagen erklärt uns die Frau: „Ich muß aber trotz meiner Schmerzen die Maschine bedienen.“ Sie muß ja Brot schaffen für sich und die Kinder. An Krankheit darf sie nicht denken, das duldet die kapitalistische Gesellschaft nicht. Die Kinder sind 9 bis 1½ Jahre alt. Mietpreis 4 Mk. pro Woche. Ergreifen zichen wir weiter, — neuem Glend entgegen. Wir treffen ein altes Ehepaar im Bett liegend in einem kleinen Zimmer von 2x3x2,10 Meter Größe, das mit 2 Mk. bezahlt werden muß. Die Frau ist seit drei Monaten krank. Als sie erkrankte, wurde sie von der Fabrik entlassen. Hier finden wir die ersten Topfplangen im Fenster stehen, ein Luxus, der in den meisten Räumen — unmöglich ist.

In schrecklichem Zustande finden wir die nächste „Wohnung“, einen Stall, in dem man eine Familie mit fünf Kindern einquartiert hat. Hier sind selbst nicht einmal die Wände mit Putz versehen, die nackten Backsteinmauern greifen uns entgegen. An ihnen läuft das Wasser hinab und glänzt am Fußboden in einer dünnen Eisschicht. Der nicht unterfütterte Fußboden liegt 20 Zentimeter unter dem Erdboden, von dem man vom Hofe aus durch eine Stalltür direkt in den Wohnraum tritt. Das eiserne Gitterfenster ist stark ramponiert und in seinen zerbrochenen Rastungen mit Säcken zugestopft. Säcke sind auch zum Schutze gegen die Kälte über dem Fußboden ausgebreitet. Der Stall ist 2,70 Meter hoch, 3,35 Meter breit und 4,20 Meter lang. Mann und Frau gehen tagsüber zur Fabrik, der 11 Jahre alte Knabe hat seine herab bis zu einem Jahre alten Geschwister zu beaufsichtigen. Schulunterricht erhalten diese Kinder überhaupt nicht, ebenso wenig wie alle übrigen Kinder der ausländischen Arbeiterfamilien. Warmes Mittagessen kennen die Familien nur Sonntags, sauren Kohl mit Kartoffeln und ein wenig Fett daran ist ein Gericht, das wir in allen Wohnungen auf den primitiven Feuerstellen brodeln sehen. Kaffeepflanze mit Brot oder Kartoffeln sind das Wochen- tagsmittagsgericht für die armen Kinder und Arbeiter. Gegenüber dieser entsetzlichen Arbeiterwohnung aber liegt das Amtsgericht, in dem bürgerliche Richter Recht über die Armen und Glenden sprechen, wenn diese sich gegen die bürgerliche „Ordnung“ verbeugen. Ein seltsamer Kontrast. Alle diese Herren Richter — wissen nichts von den schrecklichen Höhlen in ihrer unmittelbaren Nähe, in denen Arbeiter wie das Vieh und schlammig wie dieses zusammengepfercht und untergebracht sind. Die beschriebene „Wohnung“ muß noch mit 3 Mk. jede Woche bezahlt werden.

Unweit von diesem Hause läuft in den Zimmern das Wasser an den Wänden herunter, vier bzw. drei Mädchen bewohnen für

6 Mk. je ein solches „Zimmer“. — In ein solches Zimmer teilen sich ein Ehepaar und ein Kind mit einer 35 Jahre alten ledigen Logisgängerin. Die Betten stehen etwa 1½ Meter voneinander. Gegenüber, in einem anderen Hause, wohnt der — Sanitätsrat, der für die gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung und des Ortes sorgen soll. — Ihm gegenüber drängt sich auch eine Frau mit ihren sieben Kindern, eine nette, saubere Familie, in einem Zimmerchen zusammen, das nett ausgestattet, nur zwei Meter breit und 3,50 Meter lang ist. Die Frau und ihre etwa 18 Jahre alte Tochter suchen das Heim nach Möglichkeit zu schmücken, doch viel zu klein ist der Raum. — Im gleichen Hause, in einem unteren feuchten Zimmer, das fast ganz von primitiven Betten und einem auf einem Gestell aufgebauten Tische ausgefüllt wird, wohnt eine sechsköpfige Familie, die an Mietzins wöchentlich 1 Mk. zahlt.

Erst die hereinbrechende Dunkelheit setzte unserer Forschung ein Ziel. Nur der kleinste Teil der Wohnungen ist von uns untersucht worden, aber es genügt vollständig zur Erkennung des unendlichen Glends, das hier inmitten einer zivilisierten, mollenen Gesellschaft üppig wuchert, um das sich keine einzige der „nationalen“ bürgerlichen Respektspersonen kümmert. Abscheuliche Krankheiten sind hier an der Tagesordnung. Im vorigen Jahre erkrankten in diesem Unternehmerrorado über 100 Personen, auch deutsche Familien, an der Krätze, in diesem Jahre schon wieder über 40 Arbeiter und Arbeiterinnen; weitere über 100 Personen litten bzw. leiden noch an einer anstehenden Augenkrankheit, die übrigen Krankheiten gar nicht zu rechnen. Das sind die Folgen des fürchterlichen Systems, nach dem in Wechelde die Spinnereifabriken behandelt und untergebracht werden, das zwar zum Himmel schreit, das die ganze deutsche Jugend des Ortes ebenso gefährdet wie die übrige Bevölkerung, das einen Abgrund der moralischen und sittlichen Zustände erkennen läßt, von dem aber weder die Geistlichen, noch die Aufsichtsbehörden, noch die ganze „Ordnungsgesellschaft“ etwas weiß, obgleich sie inmitten des Glends leben. Wahrlich, je schneller diese „Ordnung“ der bürgerlichen Gesellschaft beseitigt wird, um so besser für die Menschheit.

### Berechtigte Klagen aus den Lobbericher Bandwebereien.

Als wir kürzlich den Notstand schilderten, in welchem in Krefeld eine Masse Weber, Färber, Scherer usw. sich befinden, verhehlten wir uns nicht, daß die Verhältnisse auf dem Lande vielleicht noch schlimmer lägen. In Lobberich zum Beispiel haben viele Hunderte monatelang — manche über ein halbes Jahr — täglich nur drei bis vier Stunden gearbeitet, andere wurden entlassen oder auf Wochen und Monate zum Warten nach Hause geschickt. Das Glend muß zum Teil über alles Maß gewesen sein, dafür spricht die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten sowie die öffentliche Suppenverteilung. Doch die beiden Millionenfirmen lassen es sich nicht nehmen, auch der allgemeinen Notlage wieder gewisse besondere Vorteile abzugewinnen. Da zum Beispiel auch auf Samitand die Arbeiter nicht voll beschäftigt werden können, so muß die Firma J. L. de Vall in sehr eigentlicher Weise das Zweifelhafte aus.

Auf dem Doppelstuhl wird nämlich 10 bis 15 Proz. weniger Lohn bezahlt wie auf dem Einstuhl. Nun läßt die Firma auf einem der Doppelstühle voll arbeiten, während sie vom anderen pro Löhnung ein Stück à 12 Meter verlangt. Dadurch erhält die Firma dieses eine Stück gratis gewebt; denn als Lohn wird bei dieser Methode der Doppelstuhl voll bezahlt. Zum besseren Verständnis sei die Sache an einem Beispiel erläutert. Zum Beispiel, der Arbeiter macht von einer Nummer zu 40 Pf. das Meter auf dem einen Stuhl 8 Stücke à 12 Meter, das ergibt an Lohn 8 mal 4,80 Mk. gleich 38,40 Mk. Auf dem zweiten Stuhl macht er ein Stück, wodurch sein Gesamtlohn beträgt 9 mal 4,80 gleich 43,20 Mk. Wird aber diese selbige Nummer auf dem Einstuhl gefertigt, so hat die Firma an Lohn nicht 40, sondern 45 Pf. pro Meter zu zahlen, so daß dort 8 Stücke à 12 Meter bereits ebenfalls 43,20 Mk. ergeben. Dadurch, daß die Firma also — trotz Arbeitsmangel — dem Arbeiter den zweiten Stuhl anhängt und auf diesem pro Löhnung nur ein Stück Ware zu weben gestattet, erhält sie in diesem angezogenen Falle dieses eine Stück, im Vergleich zum Einstuhl, Lohn für ein hergestelltes; sie läßt sich vom Arbeiter so nebenbei das neunte Stück umsonst berefertigen. Der Fall ist aber ganz minimal berechnet, auf mander anderen Nummer wird die Firma nach dieser schlaun berechneten „Doppelstuhl“methode nicht nur das neunte Stück Lohnfrei erhalten, sondern darüber hinaus auch noch eine Lohnersparnis für die anderen Stücke erzielen.

Mit einem ähnlichen Sinn fürs Praktische versteht sie es auch, die Doppelstuhlpaare an je zwei jugendliche Arbeiter zu vergeben. Wieso dann aber noch vom Doppelstuhlsystem geredet werden kann, ist uns wirklich unerfindlich; wir können beim besten Willen nichts entdecken, wodurch dieses System sich dann vom regulären Einstuhlssystem unterscheidet. Aber die Firma hält sich an die Tatsache, daß diese Stühle vorher als Doppelstühle liefen und als solche mit 10 bis 15 Proz. Lohnreduzierung arbeiteten, und zahlt deshalb auch

### Wie die Fachblätter berichten, haben die

#### Flachs-spinnereien

in Belgien die Einschränkung der Produktion, die jetzt aufgehoben werden sollte, nicht aufgehoben, sondern sie lassen dieselbe weiter bestehen. Im Anschluß daran wird mitgeteilt, daß, wenn sich das Geschäft in der deutschen Leinenindustrie nicht bald heben sollte, die Flachs-spinnereien der drei Länder, Deutschland, Oesterreich und Belgien wieder, wie im Vorjahre, zu einer gemeinsamen Produktionseinschränkung greifen würden. Wir glauben jedoch nicht, daß in Deutschland diese Absicht besteht, denn hier wird aus Spinnereifen berichtet, daß die Webereien offenbar die jetzigen Preise zu reichlicher Garnbedeckung geeignet hielten, die Spinnereien aber der nicht lohnenden Preise wegen für Lieferungsverkäufe nicht zu haben seien. Also an Aufträgen für die Spinnereien würde es nicht fehlen, wenn letztere nur nicht zu hohe Preise fordern. Man sagt in dem Bericht der rheinisch-westfälischen Spinnereien nicht, daß die gegenwärtigen Garnpreise, zu denen die Webereien sich für längere Zeit eindecken wollen, unlohndend seien, man sagt nur, sie seien nicht lohndend. Damit muß zugegeben werden, daß die Spinnereien nur deshalb Aufträge für längere Zeit nicht aufnehmen, weil sie einen höheren Profit erzielen wollen. Sollten sie diesbezüglich wieder das Einkommen der Arbeiter schmälern wollen, indem sie, um die Garnpreise in die Höhe zu treiben, zu einer weiteren Produktionseinschränkung schritten, so wäre das ein geradezu freventliches Spiel, was mit den Arbeitern getrieben würde. Die

#### Rammgarn-spinnereien

sind durchweg sehr gut beschäftigt und arbeiten teilweise mit Ueberstunden.

#### Weniger günstig liegen die Beschäftigungsverhältnisse in den Baumwoll-spinnereien.

Hier ist der Geschäftsgang fast durchweg schleppend; teilweise wird noch mit beschränkter Arbeitszeit gearbeitet. In Mühlhausen i. E. sind noch Bestellungen aus dem Jahre 1907 zu erledigen; die Betriebe sind hier voll beschäftigt. Mit Ausnahme eines Betriebes ist das auch von den Spinnereien in Augsburg zu berichten. Die kleineren

#### Zwirn- und Nähfadensfabriken

Augsburgs haben unter der Entwertung des Garnes arg zu leiden. Der Geschäftsgang ist hier ein flauer. Die große Nähfaden-

fabrik Göggingen hat, trotzdem sie im Vorjahre von einem großen Brande heimgesucht wurde, die Widerwärtigkeiten der Krise besser überstanden. Sie hat mit dem Gewinnvortrag aus 1907 einen Ueberfluß von 868 094 Mk. zu verzeichnen und die Aktionäre werden eine Krisendividende von nicht weniger denn 26½ Proz. erhalten. Man sieht, Krisen lassen sich von Aktionären leichter ertragen wie von Arbeitern.

#### In den sächsischen

#### Bigognesspinnereien

scheint sich der Geschäftsgang gegenüber dem Vormonat noch verbessert zu haben. Die Firma Klaus u. Söhne in Grimmitzschau, die zwei Fabriken besitzt, hat den sämtlichen Arbeitern einer Fabrik gelündigt. Die

#### Strumpfgarn-spinnereien

Geras sind noch flott beschäftigt.

#### Sehr verschieden liegen die Beschäftigungsverhältnisse in der Herrenstoffbranche.

In Aachen hat sich an dem guten Geschäftsgang bisher nichts geändert; auch in Werdau nicht. In den Rammgarnwebereien Grimmitzschaus wurden die leerstehenden Stühle besetzt und in einigen Fabriken noch neue aufgestellt. Trotzdem sind noch Arbeitslosse, ja sogar in vermehrter Zahl, vorhanden, da einige Fabriken durch Feuer zerstört wurden. In den Betrieben, welche durch die großen Berliner Konturse gelitten haben, geht das Geschäft flau. In den Orien: Grünberg, Spremberg, Rheydt und Warmen ist die Beschäftigung gut. In Spremberg werden wieder reichlich Ueberstunden gemacht; bei der Firma Seinge wurde schon seit Wochen an fünf Tagen dreizehn Stunden gearbeitet. Auch hierzu können wir nur bemerken, daß keine Stabilität in die Beschäftigung kommen kann, wenn sich die Arbeiter zu einer solchen Ueberstundenjehinderei hergeben. Eine kleine Besserung ist in Forst zu verzeichnen; aber nur soweit bessere Herrenstoffe in Betracht kommen. In Lambrecht war die im Vormonat gemeldete Besserung von kurzer Dauer. Geschäfte mit Serbien haben sich zerfallen und infolgedessen ist heute das Gegenteil des Geschäftsganges vom Vormonat zu melden. Eine Anzahl Arbeiterinnen wurde entlassen und teilweise arbeitet man mit verkürzter Arbeitszeit; bei der Firma Gebr. Haas nur 8½ Stunden. Eine solche Verkürzung bestand während der ganzen Krise noch nicht. Auch Kottbus hat sich verschlechtert. Warten auf Ketten und

acht- bis vierzehntägiges Aussehen, letzteres nur in den Lohnwebereien, ist zu verzeichnen. Die Nachbestellungen scheinen demnach nicht im nötigen Umfang eingelaufen zu sein. Die vier kleinen Betriebe in Görlitz weisen nach wie vor regelmäßige Beschäftigung auf. In Sommerfeld, Neumünster, Lude nowalde und Sora herrscht noch großer Arbeitsmangel. In den beiden größten Betrieben in Neumünster ist die Lage trostlos; in einem derselben (Chr. Fr. Köster) müssen die Weber einen bis drei Tage in der Woche aussetzen, trotzdem ein Viertel der Stühle unbesetzt ist. Bezüglich der im Vormonat gemeldeten Betriebs-einsparung (Bernhard Geddt) in Sommerfeld ist berichtend zu bemerken, daß der Betrieb nicht ganz eingestellt, sondern mit einer geringen Arbeiterzahl aufrecht erhalten werden soll. Allerdings soll ein anderes Fabrikat hergestellt werden. Da der Unternehmer den Lohn um 50 Proz. kürzte, ist es zu Differenzen gekommen.

#### Auch die

#### Damenstoffwebereien

weisen keinen einheitlichen Geschäftsgang auf. Reichenbach i. W. ist unverändert. Dasselbe wird aus Gera, Greiz und Grünberg gemeldet. In den ersten beiden Orten befindet man sich in der Wäufstung, die in Gera zum Teil beendet ist. Was das schreihafte Suchen nach Arbeitskräften anbetrifft, so scheint dieses nur Reklamegeden dienen zu sollen, denn von auswärts zugewandte Weber, namentlich Tuchmacher, erhalten nur schwer Arbeit. In Glauchau, Meerane ist die flauere Zeit des Saisonwechsels schon eingetreten. In Meerane hat ein Betrieb die Arbeitszeit auf acht Stunden herabgesetzt. In anderen Betrieben müssen die Arbeiter wochenlang auf Material warten. Letzteres ist auch in Glauchau der Fall. In fast allen Webereien hier sind zwei Drittel der Stühle nicht bezogen. Die Aussichten für die nächste Saison sind noch sehr unbefriedigend und man rechnet mit einer Krise von längerer Dauer. In Markirch i. E. lieferten sonst die Nachbestellungen Beschäftigung bis Mitte April; dieses Jahr ist schon alles aufgearbeitet. Bei der größten Firma (Wich u. Cie.) wird am Sonnabend ausgekragt. In den Bandwebereien für lange Ketten sieht es traurig aus; für Phantasiaartikel sind gar keine Aussichten vorhanden. Die Mutterwebereien sind schon meist mit den Reifemustern (Bande Voyage) beschäftigt. Von der Zahl der angefertigten Reifemuster läßt sich auch auf den Umfang des bevorstehenden Saisongeschäftes schließen. Je mehr Typs (Reifemuster) gemacht werden, um so größere Aufträge liegen in der Regel vor. Bezüglich der bevorstehenden Saison würde das bedeuten, daß die großen Firmen keine gute Saison in Aus-

jeht, wo sie als Einzelstühle arbeiten, den um 15 Proz. geringeren Doppelfußlohn weiter. So ist faktisch auf diesen Stühlen eine Lohnreduzierung in Geltung, ohne daß von einer direkten Lohnkürzung in der Öffentlichkeit ein unangenehmes Aufsehen entstand. Natürlich wird das arbeiterfreundliche Geschäftchen noch obendrein mit einem sozialpolitischen Präparat eingeschmiert — denn nur, um die jungen Menschen von der Straße zu bringen, läßt die Firma sich zu dem „Entgeltentkommen“ herbei. Die armen Teufel von Arbeiter aber — wenn sie auch das Spielchen durchschauen — müssen in den sauren Apfel beißen, denn in der Not sagen sie schließlich: Besser dies, als daß wir von unseren Jungen gar keinen Verdienst haben! Es zeigt sich aber wieder einmal, wie hier die Arbeiternotlage auf ganz besondere Weise in den Dienst des Geschäftsprofits gestellt wird und daß wirklich große Geister aber auch aus jeder Blume noch immer ein Tröpfchen Honig saugen.

Nicht minder ist zu klagen über verschiedene Zustände in der Wandweberei der Firma N i e d e r u. Co. Dort leiden die Arbeiter vornehmlich unter dem schlechten Material. Die verarbeitete Satinseide ist so schlecht, daß die Schererinnen sie vom Rahmen abnehmen und wieder einbringen mußten. Danach wurde diese Seide mit einer besseren Qualität gemischt, also halb und halb geschoren, wodurch aber leider schlechte Seide nicht verbessert, sondern die gute nur mit verdorben wird — jeder Wandweber wird das bestätigen können. Die Arbeiter sind nun der Meinung, daß die Firma in ihrer 50jährigen Geschäftstätigkeit sich so viele Sachkenntnis im Seideneinkauf erworben haben, daß sie sich nicht übers Ohr hauen läßt, mithin müssen sie annehmen, daß es ihr nur um den billigeren Preis zu tun ist. Sie schlägt aber gewissermaßen dem Faß den Boden aus, indem sie jetzt auch dreifach Canellseide einführt, wogegen sie früher immer vierfache verarbeitete. Dadurch entstehen die allerhöchsten „Fahnen“ oder sogenannte „Soziale“, wodurch die Ware so fehlerhaft wird, daß dies entschieden viel schmerzlicher ins Gewicht fällt, als die Ersparnis eines Canellfadens. Diese Fehler sind aber bei der angelegentlichsten Aufmerksamkeit nicht zu vermeiden. Selbst der Direktor würde das nicht zu Wege bringen, der für solche Fehler Strafen von 1, 2 bis 6 Mk., ja man sagt sogar von 10 bis 12 Mk. pro Lohnung verhängt. Er brauchte nur auf seine alten Tage noch einmal das Wandweben zu erlernen, denn bis jetzt hat er noch nicht verstanden, ein fehlerfreies Stück Ware zu weben.

Für die Wandweber ist ebenfalls halber Lohn und zugleich die Kündigung dabei nichts Neues. Auch diese ballen die Faust in der Tasche und sind froh, wenn sie schließlich nur wieder bleiben können. Das sonderbarste ist, daß auch die besten Arbeiter die Ware nicht mehr recht machen können, die in der guten Zeit nicht einen Pfennig Abzug bekamen. Aber es liegt ja auch nicht an den Arbeitern, denn die sind derart, daß die Firma sich eigentlich beglückwünschen sollte, einen Arbeiterstamm an Orte zu besitzen, um den mancher Fabrikant sie beneiden wird. Wenn man trotzdem hört, wie diese erfahrenen Arbeiter behandelt und durch die Strafen geschädigt werden, Arbeiter, die zum Teil in jahrzehntelangen, treuen Diensten der Firma die Millionen zusammenschanzten, dann werden unwillkürlich die Lobeslieder lebendig, die beim 50jährigen Geschäftsjubiläum, bei Kommerziantenfesten usw. gesungen wurden. Es sind Worte, nichts als Worte geblieben. . . . Sollen die armen Millionäre wirklich so schlecht gestellt sein, daß sie ohne diese Lohnregulierungen nicht mehr existieren können? Wenn der Beweis dafür erbracht wird, würden die Arbeiter gewiß mit viel weniger bitteren Empfindungen den Schmachtrien ein Loch eher schnallen, weil sie für wirkliche Not nie unempfindlich sind. Aber sie glauben vorläufig nicht daran und es wäre gut, wenn sie sich über diese Fragen einmal in einer allgemeinen Versammlung unterhalten würden. W.

### Textilarbeiterinnen von Colmar schließen Euch zusammen!

Man schreibt uns:

Wenn nun einmal eine Weberin aus Colmar in unserm Fachblatt das Wort ergreift, und ihre Berufskolleginnen zum Zusammenschluß auffordert, so ist heute, im zwanzigsten Jahrhundert, auch alle Ursache dazu vorhanden. Meine Berufskolleginnen mögen mich aber nicht falsch verstehen, und etwa unter diesem Zusammenschluß, zu dem ich sie hier auffordere, etwas erblicken, das nicht zum Wohle für sie wäre. Unsere heutige Lebensweise, deren hervorstechendste Merkmale Hunger und Entbehrung sind, schreit dringend nach Verbesserung. Gerade wir Arbeiterinnen müssen uns jetzt aufraffen, um Schulter an Schulter mit unsern Männern den Kampf zu führen, welcher uns zum Ziele führt: einmal ein menschliches Dasein fristen zu können. Wollt Ihr haben, daß auch wir Arbeiterinnen endlich einmal der angeblich von Gott gewollten Gesellschaftsordnung auf wirtschaftlichem wie auch auf politischem Gebiete das Recht haben sollen, in dieser Beziehung ein Wortchen mitzureden? Sicher. Dann gibt es aber für Euch nur den einen Weg, den Weg zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Wohl hat ein Teil unserer Arbeiterinnen diesen Weg schon eingeschlagen, aber das Gros der Textilarbeiterinnen steht noch indifferent, gleichgültig da. Um diese indifferente und gleichgültige Masse, welche bis heute ihre Klassenlage noch nicht erkannt hat, aufzu-

rütteln, hat sich in Colmar eine neungliedrige weibliche Agitationskommission gebildet, welche es verstanden hat, bis heute eine vorzügliche Kleinarbeit hinsichtlich der Agitation zu verrichten.

Die Hausagitation, welche in dieser Beziehung an erster Stelle steht, und fast jeden Sonntag von unseren Kolleginnen vorgenommen wird, hat schon zu einem schönen Resultate geführt. Doch groß ist das Arbeitsfeld, das wir in Colmar und Umgegend noch zu bearbeiten haben. Die Wege, welche hier noch zurückgelegt werden müssen, sind mit Dornen und Disteln bedeckt. Deshalb muß hier mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eingeseht werden. Viele von meinen Kolleginnen sind noch imstande, hierbei mitzuarbeiten und mitzufahren. Stellt Euch, Kolleginnen, in den Dienst unserer Organisation! Helft mit an den „Ketten“ rütteln, die uns Arbeiterinnen der Kapitalismus gelegt hat. Wenn das geschieht, dann wird die Stunde der Befreiung der Arbeiterin nicht mehr fern sein, und diejenigen Kolleginnen, die mitgeholfen haben an der Befreiung der Menschheit aus dem Banden des nimmerfertigen Kapitalismus, haben dann im Emanzipationskampfe ihre Pflicht erfüllt.

Zu voller Befreiung der Arbeiterin von diesen Banden kann es aber vorläufig noch nicht kommen, denn Vorbedingung dafür ist die völlige Geschlossenheit der Arbeiterin. Bis diese erreicht sein wird, braucht die Arbeiterin aber nicht etwa auf jeden Erfolg zu verzichten; je mehr Arbeiter und Arbeiterinnen sich zusammenschließen, um so mehr Teilerfolge werden sie vor dem letzten großen Erfolge erzielen. Und es gibt eine Unmenge Mißstände, deren Beseitigung im einzelnen als solche Teilerfolge geschätzt werden müßten. Viele sittlichen und gesundheitlichen Vorteile, die in wirtschaftlich besserer Zeit errungen wurden, sind uns unter der Herrschaft der Krise wieder verloren gegangen. Bei der Firma Herzog (Bagatelle) z. B. sind alle Verbesserungen, welche im Jahre 1906 durch einen fünfzehntägigen Streik errungen wurden, wieder zu Wasser geworden. Dafür sind noch andere Mißbilligkeiten hinzugekommen.

Arbeitsbeschränkungen und unfreiwilliges Aussetzen der Arbeit bis zu 3 Tagen in zwei Wochen wurden von unserer Arbeiterin recht schmerzlich empfunden. Gerade in solchen Zeiten müssen unsere Arbeiterinnen die Klust erkennen lernen, welche zwischen Kapital und Arbeit gähnt, erkennen lernen, daß es eine Harmonie zwischen diesen beiden Schichten überhaupt nicht mehr geben kann. Auf der einen Seite sehen wir Massen von „fleischigen Hungerleibern“, auf der anderen Seite eine Handvoll Leute, welche die Krise ausnutzen, um die schon ganz unzureichenden Löhne noch mehr zu drücken. Es gibt Firmen, welche innerhalb zwei Monaten zweimal mit dem Plane einer Lohnreduktion an ihre Arbeiter herantraten. Wo sie dabei auf einen großen Prozentsatz organisierter Arbeiter, wurden sie freilich in die Schranken verwiesen und war die Schädigung, die sie den Arbeitern zufügen konnten, geringer, als da, wo sie keinen Widerstand fanden. Noch ist aber die Krise nicht vorüber und deshalb glaubt das Kapital auch noch immer wieder von neuem mit Maßnahmen kommen zu dürfen, die vielleicht nur die Wirkung haben sollen, den Profit des Unternehmers etwas zu erhöhen, aber doch auch die Wirkung zeigen, daß die Arbeiter durch sie geschädigt sind. Man gibt schlechtes Schuh- und Bettelmaterial und verlangt dann nichtsdestoweniger gute Arbeit daraus.

So wenig, daß ein Kamel durch ein Nadelohr geht, so wenig kann man aber auch „Kunststift“ gute Stücke weben. Es ist doch selbstverständlich, daß bei Schußgarn, bei dem der Faden an einer einzigen Bobine mehrere Male zerreißt, „Schußfehler“ in das Tuch hineinkommen müssen. Darauf nimmt aber die Betriebsleitung in der Regel keine Rücksicht. Man kennt eben nur Strafen bis zu einer Mark für einige Fadenbrüche oder Schußfehler. Es ist kaum glaublich, daß die Arbeiterin das alles so ruhig hinnehmen kann. Die Angst vor der Entlassung ist aber so groß, daß sie sich kaum verantworten. Die Löhne, die gegenwärtig zur Auszahlung kommen, sind für uns Arbeiterinnen nicht, welche wir unter allen Umständen brauchen, um uns und unsere Kinder so unterhalten zu können, wie es unsere Zeit erfordert. Arbeiterinnen und Familienmütter, „haltet die Augen offen!“ Seht ihr, wie einerseits der Kapitalismus, andererseits der „Merikal-demokratische“ Gemeinderat von Colmar auf Eure Taschen blickt. Den Preisausschlag auf Zucker, Kaffee, Bichorien usw. habt ihr denen zu verdanken, welche jetzt das Fest einer „Merikal-demokratischen Verbrüderung“ in Händen haben. Hier muß mit aller Kraft von uns eingeseht werden. Derjenigen Männern, denen die Schlafmütze bis über die Ohren gewachsen ist, muß sie herunter gerissen werden, damit sie in Zukunft nur solche Leute in den Gemeinderat schicken, welche für die gesamte Arbeiterin im sozialen Geiste wirken, und mit diesem System zum Wohle der Menschheit beitragen können.

Aus allen diesen Gründen werden unsere Kolleginnen deshalb nochmals aufgefordert, mit in die Agitation einzutreten, die Fachpresse und die „Gleichheit“ tüchtig zu lesen, die Mitgliederversammlungen regelmäßig zu besuchen, damit eine Kampferchar von Arbeiterinnen in Colmar herangebildet wird, welche das Bestreben hat, den Kollegen zu zeigen, daß auch wir imstande sind, bahnbrechend zum Wohle der notleidenden ausgebeuteten Arbeiterin zu wirken zu können. Deshalb rufe ich Euch zu:

Organisiert Euch im Deutschen Textilarbeiter-Verband!  
Eine Weberin.

### Zur Delegiertenversammlung des Deutschen Werkmeisterverbandes.

Man schreibt uns aus Werkmeisterkreisen:

Wenn die Osterglocken 1909 allermärs im Reiche läuten, versammeln sich im „schwarzen Erdteile“ (zu Düsseldorf) die Delegierten des Deutschen Werkmeisterverbandes zu einer Delegiertenversammlung. Gleichzeitig wird feierhaft gerüstet, um das 25jährige Bestehen dieses Verbandes zu feiern, bei welcher Gelegenheit der staunenden Welt verkündet wird, daß durch mehrjähriges Geldersammeln unter den 50 000 Mitgliedern, gleichzeitig aber auch bei den Arbeitgebern (Bardon, Chefs, denn die Werkmeister wollen keine „Arbeitnehmer“ sein), vielleicht — 100 000 Mk. zusammengefasst worden sind. Zurzeit (Mitte März) sind erst zirka 60 000 Mk. zusammen. Mit diesem Gelde sollen nämlich arme Werkmeister und deren Witwen und Waisen unterstützt werden, woraus zu schließen, daß diese Unterstützungsbedürftigkeit ist. In des ist es noch nicht sicher, daß dieser Jubiläumssfonds selbst angegriffen, ob er nicht vielmehr zu dem Gesamtwermogen geschlagen wird, das bis jetzt zirka 10 Millionen Mark beträgt, so daß wahrscheinlich nur die Zinsen zu Unterstützungszwecken angewandt werden.

Zum besseren Verständnis diene folgendes: Die Absicht der Gründer des Verbandes war es nicht, ein „Geldinstitut“ hervorzurufen, damals gab es nur ein kleines Häufchen Meister-Idéalisten. — Man mußte aber einen Köder auswerfen, um möglichst viele, am liebsten die meisten oder alle deutschen Werkmeister unter den Hut zu bringen, und deshalb wurden sukzessive eine Reihe Wohlfahrtseinrichtungen ins Leben gerufen. Man begann einzusehen, daß man möglichst viel versprechen müsse, sollte die Sache ziehen. Das geschah, auch wurde bald eine Zeitung gegründet, die heute mehr der Inserate als dem Gemeininteresse wegen redet oder schweigt, wie es eben von den Auftraggebern, so oder so, gerne gesehen wird.

Im Laufe der Jahre stellte sich aber heraus, daß der Verband, den man als „Mädchen für alles“ ausgab, ein Junge war, der Geld, viel Geld verbrauchte und noch braucht. Deshalb ging man bei den Delegiertenversammlungen dazu über, kaufmännisch zu handeln, das heißt, man begann einzusehen, daß das, was man fortgab, nicht mehr da war. Was man alles versprochen hatte, konnte man je länger je weniger halten, daher wurden auf alle angängigen Arten die Ausgaben gemindert, die Invaliden auf zirka den dritten Teil dessen gesetzt, was sie an Unterstützung erwarten zu können glaubten. Bei einem großen Teil Witwen wurden die Unterstützungen ganz eingestellt. Ferner setzte man die Beiträge höher und gleichzeitig längere Wartezeiten für die Bezugsberechtigung fest. Von da an (1903 und 1905) wuchs das Vermögen jedes Jahr um zirka 800 000 Mk.; gleichzeitig ging man dazu über, in recht vielen Pötteu zu kochen, aber immer mit dem Vorbedacht, das Menü schmackhaft zu machen. Die Krone setzte sich der große Werkmeisterverband auf, als er 1903 bei Gelegenheit der Crimmitschauer Aussperrung, von der 90 seiner Verbandsmitglieder mitbetroffen wurden, Gewehr bei Fuß stand. Diese Krone wird, das sei heute schon im voraus gesagt, zu Ostern 1909 der begehrtesten Meisterschaft nicht zur Schau gestellt werden!

Die ausgesperrten 90 Werkmeister reichten damals der Verbandsverwaltung eine Liste über die Höhe ihrer Gehaltseinkünfte ein, es ist denselben auch materielle Hilfe versprochen worden. Eine Sammlung in den zirka 800 Bezirksvereinen, die der Zentralvorstand laut seinem Beschluß vom 14. oder 15. Februar 1904 in die Wege leiten wollte, ist unterdrückt worden. Berichte über diese Fälle unterdrückte die Zeitung! Zwei Jahre lang war die „Werkmeisterzeitung“ für ihre Mitglieder gesperrt; erst als jede freiere Regung abgetötet zu sein schien, hat man wieder Neukierungen aus Mitgliederkreisen entgegengenommen, allerdings unter einer dreigliedrigen Zensur. Selbst dem Syndikus ist ein Maulkorb angehängt worden.

Wenn nun aber ständig mit den Phrasen operiert wird: „Einer für alle!“ und „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern!“ usw., so sei doch an dieser Stelle gesagt, daß in einem Geldgeschäft, zu dem der große Werkmeisterverband geworden ist, sich solche Grundsätze gar nicht verwirklichen lassen.

### Müssen Unfallverletzte sich einer Operation unterwerfen?

G. Sehr häufig kommt es vor, daß nach beendigtem Heilverfahren bei einer späteren Nachuntersuchung dem Verletzten nochmals eine Nachoperation empfohlen wird. Alsdann entsteht die Frage, ob der Verletzte sich einer Nachoperation unterwerfen muß. Diese Frage ist zu verneinen. Nach dem Handbuch für Unfallversicherung haben die Verletzten die Pflicht, an ihrem Teile zur möglichst erfolgreichen Durchführung des Heilverfahrens mitzuwirken und sich namentlich nicht offenbar ungefährlichen Maß-

sicht haben. Die Firma Lamotte in Deutsch-Rumbach dagegen hat so viel Aufträge, daß sie noch in mehreren auswärtigen Betrieben, ihr fernstehender Firmen, arbeiten läßt.

In den

#### Streichgarnwebereien

Böhmens hat sich nichts geändert. Die Geschäftslage ist noch sehr gedrückt. Auch hier sind noch Arbeitslose vorhanden.

Für die

#### Seidenwebereien

am Niederrhein deuten alle Anzeichen daraufhin, daß die alljährlich im Sommer eintretende stille Zeit dieses Jahr zeitig eintreten wird. In Krefeld kommen schon einige Entlassungen vor und auch in Biersen macht sich die Flaubeit bemerkbar. In Neutlingen herrscht Nachfrage nach Arbeitskräften; aber wohl nur deshalb, weil mit den dort gezahlten Löhnen kein Mensch auskommen kann. In Görlitz hat die eine Firma für ihre zwei Betriebe die bisher nur 7½ Stunden betragende Arbeitszeit um eine Stunde verlängert.

Die rheinische

#### Samtindustrie

hat unter den Balkanwirren beträchtlich zu leiden, da von hier viel Samt nach dort verkauft wird. Der Beschäftigungsgrad ist ja ein etwas höherer geworden, in einigen Betrieben wurde die Arbeitszeit um eine bis zwei Stunden verlängert. Immerhin sind die Aussichten für ein gutes Geschäftsjahr sehr gering.

Die

#### Fröttierstoffwebereien

der Oberlausitz sind sehr gut beschäftigt, ebenso die Orleans- und Mohairwebereien.

In den

#### Baumwollwebereien

aller Arten tritt eine langsame Belebung des Geschäftsganges ein. Es sind nur noch wenig Orte, aus denen das Weiterbestehen von Produktionsbeschränkungen gemeldet wird. Meist arbeitet man nun wieder mit voller Arbeitszeit und geht auch daran, leerstehende Stühle zu besetzen. Von einem wirklich guten Geschäftsgang kann jedoch ganz und gar noch keine Rede sein.

Die

#### Banellawebereien

des Wuppertales weisen augenblicklich einen regen Geschäftsgang auf, der auch anhaltend rege zu bleiben scheint.

#### In den Schußstoffwebereien

Neutlingens wurde die Arbeitszeit von 45 auf 54 Stunden pro Woche hinaufgesetzt, was also auch auf eine Besserung schließen läßt.

#### Die Teppichwebereien

weisen, soweit keine Chormare in Frage kommt, durchweg flote Beschäftigung auf. In der Argminsterbranche Berlins werden die leerstehenden Stühle besetzt; es sind hier jetzt fast alle Stühle im Betrieb. Die Firma Geibisch läßt bei der Fabrikation von Läuferstoffen und Vorlegern bis 8 Uhr abends Überstunden machen.

#### Nicht so gut steht es um die Plüschwebereien.

Soweit die Verarbeitung von Mohairpoilen in Betracht kommt, arbeitet man in Berlin nur halbe Tage. Auch in der Vielefelder Plüschfabrikation ist eine bedeutende Stodung eingetreten. Die Chemnitzer Plüsch- und Möbelstoffwebereien sind voll beschäftigt.

#### In den Leinenwebereien

in Sorau ist die Beschäftigung flott; dasselbe ist auch in Gräferat und Biersen der Fall. Die mechanische Leinenweberei in Vielefeld arbeitet noch mit eingeschränkter Arbeitszeit, stellt aber immer neue Weberinnen (Weber werden nicht eingestellt) ein.

#### Die Taschentuchwebereien

in Lauban und Umgebung behalten die weitere Besserung des Geschäftsganges bei.

#### In der Stickerindustrie

des Vogtlandes liegen die Verhältnisse noch ähnlich wie im Vormonat. Aufträge scheinen nur in kleinen Mengen einzugehen, da die Kosten, welche die Sticker erhalten, immer nur von kleinem Umfang sind. Das hindert allerdings nicht, daß eine Anzahl Lohnstickerinnen Überstunden machen, während eine große Anzahl Maschinen ganz leer steht. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß, wenn man die Arbeitszeit auf 8-9 Stunden fest-

setzen würde, so ziemlich alle Maschinen besetzt werden könnten. Besser beschäftigt sind zum Teil die Automatenmaschinen.

Die Konfektionsstickerei ist gut beschäftigt. Dagegen hat in Berlin die Arbeit in der Damenkonfektionsstickerei nachgelassen. In der Dekorationsstickerei, in der sonst der Herbst der Hauptmonat ist, ist diesmal die Saison ausgefallen. In der Wendenstickerei stehen Arbeiterentlassungen bevor. Die

#### Spitzenwebereien

des Wuppertales haben die Produktion noch immer fast um die Hälfte eingeschränkt und es ist auch kaum Aussicht vorhanden, daß sich das Geschäft in absehbarer Zeit hebt.

#### Normal ist der Geschäftsgang in den Füllwebereien,

#### während die Gardinenwebereien

flott beschäftigt sind.

#### Die Seidenbandwebereien

sowohl in Süddeutschland, wie auch im Wuppertale sind gut beschäftigt. In St. Ludwig wird teilweise bis 7 Uhr abends gearbeitet. Auch im Müllchen-Gladbach-Hehler Bezirk hat die Bandweberei eine Besserung zu verzeichnen. Die Riemendrehereien in Elberfeld-Warmen sind zufriedenstellend beschäftigt.

#### In den Deckenwebereien

des Richtenstein-Callenberger und Hohenstein-Ernsttaler Bezirks ist die Beschäftigung jetzt eine gute zu nennen. Neue Arbeiter werden angenommen und teilweise neue Stühle aufgestellt. In der Hauptsache geben jetzt billige Artikel.

#### Der Geschäftsgang in den Jutefabriken

hat eine Veränderung nicht aufzuweisen. Bemerkenswert ist nur, daß, wenn der Krieg zwischen Oesterreich und Serbien ausbricht, zahlreiche österrische Jutearbeiter aus deutschen Fabriken zum Militär einrücken müssen. Schon jetzt sind eine Anzahl mobilisiert worden. In Görlitz hat eine Sadleinwandweberei Konkurs angemeldet. Es steht jedoch eine Vergleichsverhandlung bevor und soll dann der Betrieb wieder fortgesetzt werden.

nahmen zu widerlegen. Die Verletzten sind also z. B. gehalten, sich die erforderlichen Verbände anlegen zu lassen, die verordnete Medizin einzunehmen, sich einer gebotenen Massage zu unterwerfen, unter Umständen auch Apparate (z. B. einen Hilfsstütsapparat) zu tragen, deren Gebrauch die Heilung fördern soll; auch kann die Duldung gewisser Schmerzen zu Heilungszwecken dem Verletzten nicht erpart bleiben. Es ist ferner nicht zweifelhaft, daß die Verletzten während der Dauer des Heilverfahrens zur Duldung solcher Maßnahmen verpflichtet sind, die eine ordnungsmäßige Wundbehandlung überhaupt erst ermöglichen, wie z. B. Freilegung der verletzten Stelle, Reinigung der Wunde und in der Regel auch Einschnitte in Geschwüre. Dagegen sind sie nicht verpflichtet, Operationen an sich vornehmen zu lassen, die — mögen sie zum eigentlichen Heilverfahren gehören oder, wie etwa das Wiederbrechen eines schlecht geheilten Armes oder andere derartige Maßnahmen, zur Aufbesserung der Erwerbstätigkeit zu dienen bestimmt sein — in den Bestand oder die Umkehrbarkeit des Körpers eingreifen (wie z. B. das Ausschneiden einer Narbe und das Ueberpflanzen von gesunden Hautstücken, die von anderen Körperteilen entnommen werden), oder die, wie jede die Chloroformierung erheischende Operation, nicht ohne Lebensgefahr vorgenommen werden können. Ebenfalls sind die Verletzten verpflichtet, sich der Chloroformnarkose zu Unterzuchtungsmaßnahmen zu unterziehen. Unterzieht sich dagegen ein Verletzter freiwillig einer Operation, zu deren Duldung er nicht verpflichtet ist, so hat er das dadurch neu eröffnete Heilverfahren ebenso pflichtmäßig innewahalten, wie ein durch den Unfall unmittelbar veranlaßtes Heilverfahren.

In Sachen eines Verletzten, der sich auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft einer Operation unterzogen, die völlige Durchführung der ärztlichen Behandlung aber durch eigenmächtige grundlose Entfernung aus dem Krankenhaus verzerrt und dadurch das Maß der ihm demnächst verbliebenen Erwerbstätigkeit in einem bestimmten, vom behandelnden Arzte geschätzten Grade beeinträchtigt hatte, entschied das Reichsversicherungsamt unter dem 2. Juni 1890, daß dieser Verletzte, nachdem einmal durch die Vornahme der Operation das Heilverfahren wieder eröffnet worden war, verpflichtet gewesen wäre, die Durchführung desselben im Krankenhaus abzuwarten. Demgemäß wurde bei Bemessung der Rente derjenige Teil der Erwerbstätigkeit außer Betracht gelassen, welcher nach begründeter ärztlicher Schätzung auf das ordnungsmäßige Verhalten des Verletzten zurückgeführt werden konnte.

In einem anderen Falle war einem verletzten Arbeiter in der ersten Woche nach Eintritt des Unfalles von dem behandelnden Krankenhauses empfohlen worden, im Interesse einer möglichst vollständigen Heilung eine angeblich gefahrlose Operation an sich vornehmen zu lassen, was der Verletzte indessen ablehnte. Als die Berufsgenossenschaft lange nach Beendigung des Heilverfahrens hiervon Kenntnis erhielt, entzog sie dem Verletzten die bis dahin bewilligte Rente, besonders aus dem Grunde, weil anzunehmen sei, daß, wenn der Verletzte seinerzeit die Operation hätte vornehmen lassen, inzwischen eine erhebliche Erhöhung seiner Erwerbstätigkeit eingetreten sein würde. Nachdem das Schiedsgericht die frühere Rente wiederhergestellt hatte, hat das Reichsversicherungsamt den Refus der Berufsgenossenschaft zurückgewiesen, und zwar mit folgender Begründung: „Die Unterwerfung unter die in Rede stehende ärztliche Maßregel ist dem Kläger nicht nach Eintritt der Fürsorgepflicht der Berufsgenossenschaft von einem zuständigen genossenschaftlichen Organ abverlangt, sondern nur beiläufig vom Arzte zu einer Zeit nahegelegt worden, als die Beklagte einen entscheidenden selbständigen Einfluß auf den Fortgang des Heilverfahrens zu nehmen an sich geliebt noch nicht berechtigt war und sich denselben auch nicht durch etwaige Herbeiführung eines Einverständnisses mit der beteiligten Krankenkasse gesichert hatte. Dabei kann es dahingestellt bleiben, welche Folgen daraus herzuweisen sein möchten, wenn die Beklagte im Wege des Einverständnisses mit der beteiligten Krankenkasse schon während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall einen wirksamen Einfluß auf die Gestaltung des Heilverfahrens genommen und alsdann den Kläger, unter Verletzung der Vorsicht über die nachteiligen Folgen einer etwaigen Weigerung, zur Duldung der operativen Maßnahme — deren Zulässigkeit vorausgesetzt — aufgefordert hätte.“

In einem dritten Falle wurde ein Verletzter nach beendigtem Heilverfahren zur nochmaligen Operation aufgefordert. Hier kam ein Verletzter in Betracht, an dessen linkem Fuß seinerzeit beide Knöchel gebrochen waren und an welchem nachträglich eine weitergehende Zerquetschung des einen Knöchels stattgefunden hat, die zwar fest und mit guter Beweglichkeit geheilt, indessen der Fuß nach auswärts verschoben war. Zur Beseitigung dieser schiefen Stellung behufs Erhöhung der Erwerbstätigkeit des Klägers sollte nun die Durchmeißelung eines kleineren Knöchels vorgenommen werden. Diese angeblich gefahrlose Operation hätte jedoch möglicherweise auch auf den Hauptknochen des Unterschenkels, das Schienbein, ausgeübt werden müssen. Das Reichsversicherungsamt entschied auch hier, daß der Verletzte zur Duldung einer solchen Operation nicht verpflichtet gewesen sei, und Renten Kürzung wegen Verweigerung einer solchen Operation dürfe die Berufsgenossenschaft nicht vornehmen.

Zum Schluß soll nun noch eine für die Verletzten wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 1. Dezember 1905 betriebs der Verpflichtung des Verletzten, sich in ein medico-mechanisches Institut zu begeben, erwähnt werden. Nach § 23 Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes ist die Berufsgenossenschaft nur dann befugt, ein neues Heilverfahren einzuleiten, wenn begründete Annahme vorhanden ist, daß der Empfänger einer Unfallrente bei Durchführung des Heilverfahrens „eine Erhöhung seiner Erwerbstätigkeit“ erlangen werde. Dementsprechend kann auch nach Abs. 2 dieser Bestimmung im Falle der unbegründeten Weigerung gegen die getroffene Anordnung der Schadenersatz nur versagt werden, wenn nachweislich durch das weigerliche Verhalten des Verletzten dessen Erwerbstätigkeit „ungünstig beeinflusst“ wird. Nun geht der von der beklagten Berufsgenossenschaft befragte Arzt in seinem Gutachten davon aus, daß die Klägerin zur Zeit der Erstattung dieses Gutachtens durch die Folgen des Unfalles nur noch um 20 Proz. in ihrer Erwerbstätigkeit beeinträchtigt sei, und spricht sodann die Erwartung aus, daß bei Durchführung des von ihm vorgeschlagenen medico-mechanischen Heilverfahrens die Erwerbstätigkeit der Klägerin „noch etwa um 15 Proz. vermindert“ sein werde. Als Erfolg der Behandlung hält er also höchstens eine Steigerung der Erwerbstätigkeit um „etwa“ fünf Prozent für wahrscheinlich. Die Aussicht auf eine derartige geringfügige Besserung kann aber die „begründete Annahme“ einer für die Rentenbemessung ins Gewicht fallenden Erhöhung der Erwerbstätigkeit nicht rechtfertigen. Nur wenn eine wesentliche Hebung der Erwerbstätigkeit durch die Wiedereröffnung des bereits abgeschlossenen Heilverfahrens mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden kann, hat offenbar der Gesetzgeber dem Verletzten die Pflicht auferlegen wollen, die mannigfachen Beschwerden, Störungen und Unzuträglichkeiten, die für den Verletzten sowohl als auch für seine Familienangehörigen aus der Durchführung eines neuen Heilverfahrens durchgehend erwachsen, auf sich zu nehmen, wie denn auch nur bei Befürchtung einer wesentlichen ungünstigen Beeinflussung der Erwerbstätigkeit Nachteile aus der Weigerung des Heilverfahrens hergeleitet werden sollen.

Aus den angeführten Entscheidungen ersehen wir, daß die Verletzten jede mit Chloroformierung verbundene Operation ohne weiteres ablehnen können, und daß sie sich nach beendeter Heilverfahren erst wieder in ein medico-mechanisches Institut begeben müssen, wenn eine wesentliche Besserung durch eine neue Behandlung zu erwarten ist.

**Aus der Bewegung in der Textilindustrie.**

(Wochenbericht.)

**Im Streik befinden sich immer noch die Weber und Weberinnen der Firma Gensburger in Colmar.**

Der Weberstreik in Langenbielau bei der Firma Neugebauer und Postpischil dauert unverändert fort; in neuerlicher Abstimmung ist die Fortsetzung beschlossen worden. Es scheint zu einer allgemeinen Aussperrung kommen zu sollen.

Der Streik der Strickerinnen bei Linke in Guben dauert gleichfalls fort.

In der Filzschiffabrik F. J. Marx in Lambrecht drohen Lohn-differenzen auszubrechen. Die Ursache davon bildet die Einführung eines neuen Lohns, welcher bei manchen Artikeln bis zu 20 Proz. Lohnreduktionen vorsieht. Zugang von Textilarbeitern aller Art nach Lambrecht ist deshalb fernzuhalten.

Bei der Firma Speer u. Heinrich in M.-Glabach reichten am Samstag, den 18. März, sämtliche Weber die Kündigung ein. Mehrere Verhandlungen brachten jedoch kein befriedigendes Resultat. Bei der Firma Emil Brandts, wo die Weber schon seit geraumer Zeit eine Regelung der Arbeitsverhältnisse anstreben, ist die Bewegung an der Zurückhaltung der Christlichen gescheitert. Die Firma, welche unter keinen Umständen von den bisherigen Artikel-löhnen abgehen wollte, versuchte noch in den letzten Wochen durch Forcierung der Arbeit die Durchschnittslöhne höher zu bringen, vermuthlich, um in der Öffentlichkeit die Forderungen der Arbeiter zu diskreditieren. — Bei der Firma L. Josten, Gladbacher Woll-industrie, Aktiengesellschaft, wo die Weber im Jahre 1907 durch einen kurzen Streik wesentliche Vorteile erzielten, haben sich in letzter Zeit unbalbäre Zustände herausgebildet. Die Organisations-verhältnisse sind dort sehr schlecht, und die Arbeiter haben eingesehen, daß es ohne Organisation nicht mehr geht. — Des weiteren haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwollspinnerei Richard Brandts und der Wundwebererei G. Böhm jr. in den letzten Tagen Stellung genommen gegen die während der Krise vorgenommenen Lohnreduzierungen.

Ueber die Bewegung der Lohnweberarbeiter in Aachen ist zu berichten: Die Kommission war bis jetzt unermüdlich tätig, das Material für diese Bewegung zusammenzutragen und die in den Lohnweberereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Der Erfolg der ganzen Sache ist lediglich davon abhängig, inwieweit die Lohnweberarbeiter dem Rufe der Kommission, sich zu organisieren, Folge leisten. Vorläufige Absicht ist, überall den alten Tarif wieder zur Geltung zu bringen und für die Beseitigung der größten Mißstände zu sorgen. Ist dies erreicht und bleiben die Arbeiter der Organisation treu, so wäre alsdann eine Verbesserung des alten Tarifs anzustreben, da derselbe den Zeitverhältnissen absolut nicht mehr angepaßt ist.

Die Lohnweberarbeiter hatten seinerzeit von ihren Auftraggebern, den Besitzern von eigenen Tuchfabriken, sich einen sechsprozentigen Preisabschlag gefallen lassen. Am 4. März nun sind 24 Vertreter von Lohnweberereien zusammen gewesen, um über ihre Lage zu beraten. Das Resultat dieser Sitzung war, daß sie unterm 5. März ein Rundschreiben an die Tuchfabrikanten richteten, in dem sie den alten Mindestpreistarif zurückfordern. Dieser Schritt der Lohnweberarbeiter ist ohne Zweifel eine Folge der Bewegung ihrer Arbeiter. In dem Rundschreiben sagen die Lohnweberarbeiter unter anderem: „Außerdem ist zur Genüge bekannt, daß es den Lohnweberarbeitern kaum noch gelingen will, dem Arbeitermangel abzuwehren. Bessere finanzielle Ergebnisse der Lohnweberereien würden auch in dieser Hinsicht Wandel schaffen können.“ Hierin liegt ein Eingeständnis von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Besitzer der Lohnweberereien geben damit zu, daß die Verhältnisse in ihren Betrieben äußerst schlecht sind, so daß ihre Betriebe von der Weberschaft gemieden werden. Sie gestehen damit selbst ein, daß die Bewegung der Arbeiter vollauf berechtigt ist. Mögen sich das die Lohnweberarbeiter und Arbeiterinnen zunutze machen; wenn sie sich alleamt der Organisation anschließen, so wird der Erfolg sicher sein.

Der Streik bei der Firma R. Schwarz Akt.-Weberei in Greiffrath dauert fort. Verhandlungen, welche vorige Woche stattfanden, zeitigten zwar nicht unbeachtliche Zugeständnisse, führten aber noch zu keinem Abschluß.

Bei der Firma Seyboth, Augsburg, wurden durch den Gauleiter am 4. März im Auftrage der Arbeiter folgende Forderungen unterbreitet: Lohnhöhung für Schlauchweber 15, für Sechler und Spinner 10 Proz., Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden. In einem Schreiben wurde dem Gauleiter mitgeteilt, daß man mit demselben nicht verhandle, auch könne keine Rede davon sein, so hohe Forderungen zu bewilligen, man hätte schwerer unter der Konkurrenz der Thüringer Fabrikanten zu leiden. Man würde soweit wie möglich die Wünsche der Arbeiter befriedigen und verhandle nur mit diesen und nicht mit dritten Personen. Es war daher Aufgabe der Arbeiter, selber zu verhandeln, welches denn auch am 13. März geschah. Es hat ja nun bei der Verhandlung nach vielen Auseinandersetzungen doch eine Einigung stattgefunden, wenn auch Herr Seyboth meinte, man hätte keine Organisation gebraucht, um die Forderungen einzureichen, die Leute hätten selber kommen können. Vergesse man aber nicht: hätte hinter den Forderungen nicht die Organisation gestanden, wer weiß, wie dann die Wünsche befriedigt worden wären. Der Erfolg ist nun für die Arbeiter kein schlechter zu nennen; die Firma hat gehalten, was sie versprochen hat, man einigte sich auf 10 Proz. Lohnhöhung für alle Arbeiter und Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden, an den Samstagen ist um 5 Uhr Arbeitsstillstand, an den Vorabenden der hohen Festtage ist Arbeitsstillstand um 4 Uhr nachmittags. Es war die erste Lohnbewegung der betreffenden Arbeiter. Garren sie in der Organisation aus, werden sie zu weiteren Erfolgen schreiten. Nur in der Einigkeit liegt die Kraft. Das sollten auch die Arbeiter der Firma Ludwig einsehen, wo die Verhältnisse nicht die besten sind.

**Husland.**

Oesterreich. Daß eine Organisation, auch ohne daß sie es zum Neuzustand treibt, für die Arbeiter von großem Vorteil sein kann, hat uns in letzter Zeit des öfteren Oesterreich gezeigt. Heute können wir wieder einen neuen Fall melden, in dem lediglich durch das Eingreifen der Verbandsvertretung eine erhebliche Lohnreduktion abgewendet wurde. Es handelt sich um die Samt- und Moquetteweberei von Gebr. Fröhlich u. Co. in Ghotibor. Die Arbeiter sollten eine zehnprozentige Lohnreduktion auf sich nehmen. Die Intervention der Fabrikvertrauensleute beim Direktor blieb erfolglos. Sie mußten erst mit einem Ausstande drohen. Noch einmal wurden dann die Vertrauensleute bei der Direktion vorstellig. Diese wußte nun, daß die Organisation die Drohung der Arbeiter zur Tat werden ließe, wenn man nicht einlenken würde. Nach einstündigem Unterhandeln gelang es nun den Vertretern der Arbeiter, den Chef zu überzeugen, daß die Lohnreduzierung nicht gerecht sei, und da er die Arbeit braucht und den festen Entschluß der Arbeiter erkannte, so nahm er schließlich nicht nur die angekündigte zehnprozentige Lohnreduzierung wieder zurück, sondern jagte noch eine außerordentliche zehnprozentige Prämie für reine Ware zu. Der Entschlossenheit der Arbeiter, die sich auf ihre Organisation stützen konnten, gelang es daher, nicht nur die Lohnreduzierung abzuwehren, sondern auch noch eine indirekte Lohnzulage in Form der genannten Prämie zu erreichen. Ein neuer Beweis dafür, wie sehr eine schlafffertige Organisation gefürchtet ist, und daß die bloße Tatsache ihres Vorhandenseins sonst sichere Schädigungen von den Arbeitern oft abwenden kann. Freilich tragen dazu noch andere Umstände mit bei, wie hier z. B. der, daß die Arbeit drängte, und der die Nachgiebigkeit der Firma mit veranlaßte. Ohne die Organisation hätte die Firma aber trotz dieses Umstandes wohl nicht nachgegeben, weil sie sich dann sagen konnte, daß der Widerstand der Arbeiter nicht von langer Dauer sein, und sie einen kürzeren Streik, trotz ihrer Wehrkraft, überstehen würde. Die Arbeiter hätten dann vielleicht auf Jahre hinaus die Nachteile der Reduktion zu ertragen gehabt. — Auf dieselbe

**Die Trikotfabriken**

in Neumünster, mit Ausnahme einiger Zwergebetriebe, sind flott beschäftigt. Erheblich gebessert hat sich die Beschäftigung in Chemnitz, während das Gegenteil davon aus dem Lichtenstein-Callenberger Bezirk kommt. Aus Gbingen, der Zentrale der württembergischen Trikotindustrie, wird wohl auch eine Besserung gemeldet, größere Aufträge sind da eingegangen, da aber noch zu viel Ware auf Lager liegt — mehrere Firmen sollen Tausende von Stück Ware liegen haben —, so wird immer noch mit beschränkter Arbeitszeit gearbeitet. Es ist deshalb auch nicht so schnell auf eine flottere Beschäftigung zu hoffen.

**Die Strumpfwirker**

des Erzgebirges und im übrigen Sachsen, weist eine Besserung in der Beschäftigung auf. Am gangbarsten ist Petinetware. Aus Burgstädt wird gemeldet, daß die Doppelpetinetmaschinen auf längere Zeit hinaus beschäftigt sind. Auf Einfachpetinetmaschinen dagegen wird glatte Ware gemacht, da Aufträge für diese Maschinen fehlen. Im Thalheimer Bezirk sind noch viel Arbeitskräfte vorhanden. In den Wirkerereien in Reutlingen sind in letzter Zeit große Aufträge aus dem Ausland, namentlich aus Amerika eingelaufen. Aber auch vom Inlandsmarkt liegen reichlich Aufträge vor und laufen noch immer welche ein, so daß die Beschäftigung eine gute ist.

**Die Handschuhfabrikation**

und ebenso die Handschuhstoffabrikation weist noch durchweg ein Darniederliegen des Geschäfts auf. Im Limbacher Bezirk wird nur aus einem kleinen Betrieb ein flotter Geschäftsgang gemeldet. Hier haben in beiden Branchen eine ganze Menge Arbeiterentlassungen stattgefunden. Im Burgstädter Bezirk wird der Geschäftsgang dadurch recht ungünstig beeinflusst, daß Aufträge in Rrimmerhandschuh diesen Jahr fast völlig ausbleiben; viele kleinere und mittlere Firmen stützen sich nur auf diesen Artikel.

**Die Stricker**

ist zu melden, daß, soweit uns Berichte vorliegen — der Bericht aus Apolda ist leider ausgeblieben — die Beschäftigung annähernd gut ist. In Mühlhausen i. Th. und

Berlin ist noch alles wie im Vormonat. Auf Strickwesten ist in Götting dies Jahr nicht so viel Bestellung vorhanden, wohl aber in Strümpfen, von denen nicht genug geliefert werden kann. Die Reutlinger Strickerereien leiden an großem Arbeitermangel. In Limbach i. S. ist die Beschäftigung nur in Trikot-, Netz- und Biletjaden gut.

**Die Posamentenindustrie**

des Erzgebirges leidet unter der ungunstigen Witterung, d. h. soweit die Konfektionsbranche in Frage kommt. In Vorden ist das Geschäft flott. Auch in der Möbelbranche geht es so leblich, aber auf die mit so großem Tamtam angekündigte Hochkonjunktur hofft niemand mehr. In Götting wird wieder voll gearbeitet. Dagegen will es in Berlin nicht vorwärts gehen. In der Militäreffektenbranche scheint die Krise jetzt erst zu beginnen. Auch die Konfektionsbranche hat, trotz der Pariser Muster, die erwarteten Aufträge nicht bekommen und in der Möbelbranche, wo sonst um diese Zeit mit Ueberstunden gearbeitet wurde, arbeitet man mit verkürzter Arbeitszeit.

**In den Färbereien,**

gleichviel, ob Strang- oder Stückfärbereien, herrscht fast durchweg eine gute Beschäftigung. In großer Anzahl werden namentlich in den Stückfärbereien Ueberstunden gemacht. Nicht so günstig steht es um die Seidenfärbereien in Krefeld. Besonders die Schwarzfärbereien werden von der anhaltenden Depression in der Samtbranche sehr in Mitleidenschaft gezogen. In der Couleurfärberei ist es etwas besser. Wie schon an anderer Stelle ausführlicher berichtet wird, ist der sächsisch-thüringische Färberring gesprengt worden. Acht Betriebe, darunter Bätz u. Cie., Bornemann u. Cie in Meerane, sowie Flehmig in Weida sollen ausgetreten sein. Da die Weberereien Aufträge an Ringsfärbereien nicht mehr geben, andererseits die Ringsfärbereien sich unter hohen Konventionalstrafen verpflichtet haben, für die Verbandsweberereien keine Waren mehr auszurüsten, so droht dem ganzen Bezirk infolge dieses Unternehmerkrieges eine große Arbeitslosigkeit.

**Die Zeugdruckereien**

des Wuppertales sind voll beschäftigt. Ebenso günstig lauten die Berichte über den Geschäftsgang in den

**Appreturanstalten.**

Auch hier werden viel Ueberstunden gemacht. Nur in der Prefelder Samtappretur sind noch zahlreiche Arbeitslose vorhanden. Hier rechnet man überhaupt nicht mehr damit, daß alle Arbeiter wieder in ihre Beschäftigung kommen, da man daran geht, verbesserte Maschinen in Anwendung zu nehmen.

Man ersieht aus diesem Berichte, daß es ein schweres Ringen ist, was zwischen geschäftlichem Auf- und Niedergang stattfindet und daß man, trotz der erkennbaren Besserung der Beschäftigung immer noch lange nicht sagen kann, nun ist alles Schlechte überwunden, jetzt geht wieder vorwärts.

Berichte haben nicht gefandt: Landeshut, Hof, Leipzig, Apolda, Colmar und Mühlhausen i. S.

**Wirtschaftliche Rundschau.**

Die Jahresabschlüsse unserer Großbanken. — Das Wachstum des Deutschen Bank. — Die Reichsbank im Jahre 1908.

In rascher Aufeinanderfolge haben während der letzten Zeit die bekannten namhaften deutschen Großbanken ihre Abschlüsse für das Jahr 1908 veröffentlicht.

Grund zu legen haben wahrlich diese Banken samt und sonders nicht. Die Deutsche Bank mit ihren 200 Millionen Mark Aktienkapital (und 101,83 Millionen Mark Reserven) gibt, wie in den vier letzten Vorjahren, 12 Proz. Dividende. Die Diskontogesellschaft mit 170 Millionen Mark Kommanditkapital (und Reserven im Gesamtbetrage von 57,59 Millionen Mark) schüttet zum vierten Male hintereinander eine Rate von 9 Proz. aus. Die Dresdener Bank mit 180 Millionen Mark Aktienkapital (und 41,8 bezw. 51,5 Millionen Mark Reservefonds) gibt 7½ Proz., gegen nur 7 Proz. für das Jahr 1907. Der A. Schaaffhausensche Bankverein, der seit dem 1. Januar 1909 wieder ganz außer Verbindung mit der Dresdener Bank steht, kündigt wie im Vorjahre 7 Proz. Dividende an, bei 145 Millionen Mark Aktienkapital (und 24,86 bezw. 34,16 Millionen Mark Reservefonds). Die Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie) hatte 1907 infolge starker Einbußen an ihrem Wertpapierbestand und an ihren Beteiligungen etwas außergewöhnlich Haare lassen müssen, so daß sie wohl oder übel ihre Dividende von 8 auf 6 Proz. fallen ließ; diesmal gibt sie aber bei einer recht ansehnlichen inneren Kräftigung, wiederum 6 Proz., bei einem Aktienkapital von 154 Millionen Mark (und 30¼ Millionen Mark Reserven). Die Hamburger Kommerz- und Diskontobank schlägt, wie im Vorjahre, 5½ Proz. Dividende vor, bei 85 Millionen Mark Aktienkapital (und 8,5 bezw. 12,7 Millionen Mark

Weise wurden in Freudenthal bei der Firma Wurst u. Wagholt den Arbeitern 12, 15 und 20 Proz. Lohn erhöhung zuteil.

Schweiz. Am Sonntag, den 7. d. M., hielt der schweizerische Bruderband in Arbon seine ordentliche Delegiertenversammlung ab. Vorgängig derselben, bereits am Samstag abends, versammelten sich 60 Delegierte der Schiffler- und Handflicker zur Besprechung der Arbeitslosenversicherung.

Der Sonntag brachte dann die Delegierten aus der ganzen Schweiz nach dem Kampfplatz Arbon. Es waren ihrer 125 erschienen, die 85 Sektionen vertraten, 22 Sektionen hatten keine Delegation abgeordnet.

Den Verhandlungen wohnte als Gast aus dem Voralbergischen Genosse Ruosch bei.

g) Bei Abschlüssen von Verträgen mit Raffen und Freiwerden von kommunalen Aemtern ist tunlichst darauf hinzuwirken, daß nur Vereinsmitglieder berücksichtigt werden.

Natürlich „zwingen“ die Verträge niemanden, es soll nur jeder standesgemäß denken und handeln und „nach dem Grade seiner Fähigkeiten an dem Kampfe teilnehmen“.

Die Schneidergehilfen der Städte Ohligs und Wals (Kreis Solingen) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen wurden den Arbeitgebern am 10. März zugestellt, aber von diesen in einem Schreiben an die Organisationsleitung rundweg abgelehnt.

Ausperrung im Malergewerbe. Die Maler und Anstreicher in Cuxhaven sind plötzlich ausgesperrt worden, nachdem sie bereits im Oktober 1908 den bestehenden Tarif gekündigt hatten.

Den Hafenarbeitern in Ludwigshafen-Mannheim wurde vom Arbeitgeberverband am 10. Oktober 1908 abgeschlossene Tarifvertrag gekündigt, angeblich, weil er revidiert werden müsse.

Husland.

Frankreich. Ein Streik der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten hat ganz Paris von der übrigen Welt abgeschnitten. Der elektrische Funken ist wieder durch den Kurier der guten alten Zeit ersetzt, der Nachrichten in seiner Tasche fortträgt und wieder ins Land bringt.

Politische Nachrichten.

Sozialistische Gemeindevahlfrage. In Langenbielau erlangte die Sozialdemokratie bei einer Erntewahl zum Gemeinderat einen glänzenden Sieg. Ihr Kandidat wurde mit 358 Stimmen gewählt.

Aus dem Reichstage. Das Milizsystem an die Stelle des stehenden Heeres zu setzen — diese sozialdemokratische Anregung wurde neulich im Reichstage wieder einmal besprochen.

Das Mandat gehörte der Sozialdemokratie schon vorher, wurde aber durch Tod frei. — In Sande (Schleswig-Holstein) wurde bei einer Erntewahl in der dritten Klasse ein Genosse mit 233 gegen eine gegnerische Stimme gewählt.

Aus der Bewegung in anderen Berufen.

Deutsches Reich.

Wenn das Arbeiter machen. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe. Die Bestrafungen von Arbeitern wegen „Terrorismus“ sind an der Tagesordnung; da kann man gespannt sein, welche Staatsaktion folgender Resolution der Letzte des Bergischen Bezirks nachfolgen wird.

- a) Sofern sich eine Handhabe finden läßt, soll eine Beschwerde wegen Verletzung der ärztlichen Standesinteressen an das Ehrengericht erfolgen.
b) Der Austritt aus dem Verein ist satzungsgemäß möglichst zu erschweren.
c) Der ausgetretene Arzt muß erfahren, daß wir kollegial nicht mehr mit ihm befreundet sind; wir vermeiden deshalb Konsilien, Ueberweisungen und Vertretungen usw.; nur Konsilien im Falle dringender Not sind gestattet.
d) Eine weitere Folge ist die Vermeidung freundschaftlichen Verkehrs, besonders in denselben Gesellschaften und Familien.
e) In der Fachpresse sind die Namen der austretenden Ärzte eventuell mit Angabe des Grundes des Austrittes zu veröffentlichen.
f) Die Gesellschaften, welche dem ärztlichen Verein Rabatt gewährt haben, sind sofort zu benachrichtigen, damit mit dem Austritt sofort auch die Preisermäßigung bei Versicherungen fortfällt.

Reservefonds). Die Nationalbank für Deutschland hat den Rückgang im Bruttogewinn, den das Jahr 1907 brachte, bereits 1908 wieder ausgeglichen; der Reingewinn steht bereits um etwa 700 000 Mark höher, so daß die Dividende abermals auf 6 Proz. sich stellen wird.

Es wiederholt sich hierbei die Erfahrung, daß Zeiten der Krisis bei manderlei unlegaren und unvermeidlichen Rückschlägen dennoch den Banken vielerlei Sonder Vorteile zu bringen pflegen, und im Jahre 1908 neigte sich die Waagschale sogar nach der überwindenden Seite der Vorteile. Fast alle Berichterstattungen konstatieren zwar infolge des gesunkenen Zinsfußes und auch der flauen Inanspruchnahme geringere Erträge im Wechseldiskontgeschäft und verminderte Einnahmen an Kontokorrentzinsen.

Am eine Vorstellung von der riesenhaften Entwicklung und Tätigkeit dieser modernsten Großbanken zu geben, seien einige weitere kennzeichnende Ziffern für die mit dem größten Eigenkapital ausgerüstete Deutsche Bank herausgegriffen.

im Gesamtbetrage von 15 651,47 Millionen Mark. Das Konto eigener Effekten (Zentrale und Filialen) setzte sich zusammen aus:

Table with 2 columns: Asset type and value. Includes Staats- und Kommunalpapieren (39 376 005,28), Deutschen Pfandbriefen (4 908 109,12), Eisenbahn-Obligationen (730 180,31), etc.

Zusammen sind das 55,68 Millionen Mark derartiger Effekten Dazu gefüllt sich alsdann das Konfortialkonto mit zusammen über 36,84 Millionen Mark.

Table with 2 columns: Participation type and value. Includes 44 Beteiligungen an Staats- u. Kommunalanleihen (9 789 945,88), 132 Beteiligungen an Aktien und Obligationen (10 892 542,90), etc.

Selbst die jungtürkische Revolution muß diesem Riesenpolypen neue Arme angliedern: Wichtige Umwälzungen haben sich in der Türkei vollzogen. Wir hoffen, daß die Einführung freier Grundbesitzes und Anschauungen einen freieren Zug in die so lange niedergehaltene wirtschaftliche Entwicklung der Türkei bringen werde.

Table with 2 columns: Year and value in billions of Mark. Includes 1897 (37,91), 1908 (59,64), 1898 (44,39), 1909 (66,89), etc.

Fast hausbacken nüchtern erscheint dagegen der Abschluß der Reichsbank, die bei aller unbestreitbaren Höherentwicklung ihren

Webel berief sich ja bekanntlich bei seiner Verteidigung des „Milizsystems“ stets auf die Ansichten Scharnhorsts und Ousefenaus. Und wenn dies der ehemalige General jetzt zwar auch nur tat, so war dies doch nichtsdestoweniger auch eine Berufung auf Webel, den er übrigens, wenn auch wohl nur beiseite, auch nannte.

Soziales.

Rassenmitglied oder nicht? Betriebskrankenkassen sind für die Arbeiter nicht vorteilhaft. Das haben wir in den letzten Jahren wiederholt zeigen können. Ist können wir unsere früheren Behauptungen an einem neuen Beispiel erhärten.

geseglih und tatsächlich festgelegenen Tätigkeitsbereich einhalten muß. Die großen Einzelveränderungen während des Jahres glauben wir früher genügend herborgehoben zu haben.

Table with 4 columns: Year (1908, 1907, 1906, 1905) and Bruttogewinn, Ausgaben, Reingewinn.

Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß vom gesamten Nettogewinn der Reichsbank zunächst 3 1/2 Proz. Dividende, gleichsam als verbürgter Mindestgewinn, den Aktionären auf ihr Kapital berechnet werden, und alsdann vom verbleibenden Ueberschuß nochmals 1/4 den Aktionären, 1/4 dem Reiche.

Berlin, 7. März 1909. Mag Schippel. (Mühte wegen Raummangels zurückgestellt werden. D. Red.)

Ziffer 2 des Statuts bleiben nun Kassenmitglieder, die aus der Beschäftigung in der Fabrik ausscheiden und nicht zu einer Beschäftigung übergehen, vermöge der sie Mitglieder einer anderen Betriebs-, Orts-, Innungs- oder Baufrankenkasse oder einer Knappschafts-Zweigstelle werden, so lange freiwillige Mitglieder, als sie sich in Deutschen Reich aufhalten, wenn sie ihre dahingehende Ablichtung binnen einer Woche dem Kassenvorstand anzeigen. Alle diese Voraussetzungen treffen im vorliegenden Falle zu, insbesondere hat die Beschwerdeführerin am 31. August v. J. die Ablichtung zu erkennen gegeben, daß sie freiwilliges Mitglied der Kasse bleiben wolle. Zwar hat sie Beiträge nicht entrichtet, doch würde sie diese Tatsache von der freiwilligen Mitgliedschaft nicht ausschließen (vgl. § 3 Ziffer 3b des Statuts), denn die Beitragszahlung ist ihr gar nicht möglich gewesen, weil der Kassenvorstand ihre Aufnahme als freiwilliges Mitglied abgelehnt hat. Auch die am 12. September 1908 von Seiten der Beschwerdeführerin erfolgte Annahme eines Zuschlags von 5 Pf. für das Duzend abgelieferte Strümpfe, welcher in der Ablichtung gezahlt wurde, um sie zu einer Versicherung bei der Ortsfrankenkasse zu veranlassen, kann den Ausschluß der Mitgliedschaft nicht herbeiführen, denn eine derartige Vereinbarung, womit beabsichtigt war, eine der Betriebsfrankenkasse obliegende gesetzliche Verpflichtung von der Trägerin dieser Verpflichtung abzuwälzen, muß, weil gegen die guten Sitten verstößend, als nichtig angesehen werden. — Damit ist Herr Bahner von amtlicher Seite gesagt, wie man ein derartiges Gebaren nennt. Wie die Chemnitz „Volkstimme“, der wir diese Notiz entnehmen, berichtet, hat die Sache aber noch einen Haken. Wie ihr berichtet wurde, ist gegen den Entscheid Verurteilung eingelegt worden, und — man sollte es nicht für möglich halten — die Arbeiter dieser Fabrik sollen diesen Schritt gebilligt und sich bereit erklärt haben, die Kosten zu tragen. Wenn dies den Tatsachen entspricht, woran wir nicht zweifeln, da im Bahnerschen Betrieb die Organisation noch keinen Eingang gefunden hat, so sieht man wieder einmal, wie die Arbeiterchaft in ihrer Verblendung ihr eigenes Interesse mit den Füßen tritt. Was dem einen heute passiert, kann morgen den andern treffen. Die Verurteilung muß unserem Erachten nach verworfen werden.

**Bei den Vertreterwahlen zur Textilbetriebsfrankenkasse in Gera** sind die Kandidaten des Deutschen Textilarbeiterverbandes in allen 22 Betrieben mit übergroßer Majorität gewählt worden. Die Lokallisten vereinigten etwas über 100 Stimmen, die Reichstreuen über 400, die Girsch-Dunderschen über 30 Stimmen auf ihre Kandidaten. Auf unsere Kandidaten entfielen über 3300 Stimmen.

**Wie die Arbeiter über die soziale Gesetzgebung denken!** Man schreibt uns aus Hehd: Verschiedene Abgeordnete der bürgerlichen Parteien haben in letzter Zeit wiederholt im Land- und im Reichstage ein Loblied auf unsere soziale Gesetzgebung angestimmt und hervorgehoben, daß dieselbe bei den englischen Arbeitern große Bewunderung gefunden hätte! Die soziale Gesetzgebung ist auch nicht zu verachten. Doch wer ist schuld, daß sie notwendig ist, daß es in Preußen so viele Arbeiter gibt, die öfter krank und frühzeitig invalide oder zum Krüppel werden? Der Staat, welcher durch hohe indirekte Lebensmittelpreise dem Volke bis zu 15 Proz. das schmale Einkommen verringert und sich dabei auch nicht scheut, ihm soviel wie möglich direkte Steuern aufzuerlegen. Auf der anderen Seite sind es die Unternehmer, welche durch lange Arbeitszeit und Ausdrängung von mehr Arbeit die Arbeiter frühzeitig zugrunde richten. Jeder Regelung der Arbeitszeit nach dem Fortschritt der Technik sträuben sie sich mit Arm und Bein entgegen. Das ganze Bestreben dieser Kapitalistenklasse ist: mehr Reichtum für sie selbst. Wenn auch 100 000 und mehr Arbeiter arbeitslos sind, es läßt diese Kapitalisten ganz kalt, wenn die Arbeitslosen nur ruhig in einem Winkel verkümmern und nicht wie am 9. Februar in Berlin auf die Straße kommen. Dieselben Unternehmer klagen stets, daß die soziale Gesetzgebung sie schwer belastet hätte. Nach der letzten Gewerbezählung und Vermögensaufstellung haben aber circa 300 000 Personen fast das Gesamtvermögen in Händen, während das Volk — die Arbeiter — die ihnen das Vermögen verschafft haben, nichts haben. Das Volk hat natürlich kein Vermögen nötig, denn es steht im Genuß der soviel gepriesenen sozialen Gesetzgebung, die sie vor dem Verhungern schützt. Da ist die Unfallversicherung. Die sie verwaltenden Berufsgenossenschaften wollen von Jahr zu Jahr weniger an die Verletzten zahlen. Die Invalidenversicherung sprach auch die Invalidenrente früher eher zu, als dies jetzt der Fall ist. Der Arbeiter muß schon mit einem Wein im Grabe stehen, wenn er jetzt Invalidenrente erhält. Ueber solche Gesetze brauchen die Kapitalisten und Regierungsbeamten kein Lob anzustimmen, sie lassen die Arbeiter kalt, solange sie nicht so ausgestattet sind, daß sie auch etwas wirklich Greifbares bieten, und solange die Arbeiter diese Gesetze nicht selbst anwenden und nach ihrem Ermessen auslegen können, werden sie ihnen wenig nützen. Wir sehen also: Staat und Kapitalist nützen das Volk bis zum äußersten aus, dann wirft man ihm einige Knochen, die der Arbeiter aber noch zum größten Teil selbst bezahlt hat, hin, von denen er sich ernähren soll. Man spielt sich dann noch als Beglückter der Arbeiter auf. Wenn aber Staat und Kapitalist meinen, sie könnten den Arbeiter mit Kleinigkeiten abspießen, so irren sie sich. Das Volk, dem man so viele Pflichten aufgebürdet hat, fordert sein Recht, leben zu können, wie es sich für Menschen ziemt. Man komme nicht mit der Ausrede, der Staat habe kein Geld für den Ausbau der Sozialgesetzgebung, wo 100 000 Mk. für Instandsetzung für Minister- und Statthalterwohnungen in einem Atemzuge bewilligt werden. Den englischen Arbeitern ist aber zu raten, wenn sie sich über unsere soziale Gesetzgebung orientieren wollen, sich an die deutschen Arbeiter und deren Körperschaften zu wenden; dort werden sie nicht einseitig belehrt werden. Man wird ihnen da ein richtiges Bild über Preußen-Deutschlands Gesetzgebung zeigen, auch von dem schmachtvollen Klassenwahnsinn Preußens und der herrlichen Gefindordnung, welche sich noch an die alte Leibeigenschaft anlehnt. Mögen die deutschen Arbeiter aber lauter und lauter schreien, wie es die Junker und Agrarier getan haben und noch tun, damit der Militarismus und die Liebesgabenpolitik in Deutschland eingedämmt werde und mehr Geld für Kulturzwecke freigestellt werden kann. M. S.

**Gesundheitswesen.**

**Verhaltensvorschriften für Gesunde und Kranke.** Solche finden wir in der „Volksgesundheit“ (Weizen). Zunächst die Vorschrift, deren Befolgung die typischen Leiden der Stubensmenschen im Winter: heißer Kopf und kalte Füße, verringern kann. Beide Erscheinungen: heißer Kopf und kalte Füße, beruhen auf falscher Blutverteilung im Körper. Blutüberfüllung des Gehirns, Blutstauung im Unterleib und Blutmangel in den Füßen. Eine bessere Verteilung des Blutes kann durch tägliche warme oder heiße Fußbäder mit darauffolgender kühler Schluffrottierung bewirkt werden. Unterstützt wird diese Maßnahme wesentlich durch saubere, trockene, genügend weite Strümpfe und bequeme Schuhe und Stiefel. Wenn man nasse Schuhe und Strümpfe am Körper trocknen läßt, anstatt sie zu wechseln, entfernt sich das Blut mehr und mehr aus den Füßen und staut sich in den oberen Körperteilen an, diese mehr als gut erwärmend, die Füße aber in gesundheitswidriger Weise abkühlend; enge Schuhwerk übt dieselbe schädliche Wirkung aus. Rückkehr zum Normalzustand hebt das Leiden. Ein weiteres Mittel, diesen Normalzustand wieder zu erreichen, ist Bewegung: Gehen auf den Fußspitzen, Fußrollen, Kniebeugen im Zimmer, Wandern, Laufen und Bergsteigen in freier Luft, in bequemen Schuhen natürlich. Das befördert den Blutumlauf sehr und schafft wieder mehr Blut in die Füße, denen es in hohem Grade entzogen war. Damit wird auch etwaiger Blutandrang zum Gehirn und der heiße Kopf beseitigt. Endlich gibt es ein Universalmittel gegen Blutandrang zum Gehirn und kalte Füße: Beseitigung der schlechten Luft in den Aufenthaltsräumen

durch regelmäßige Durchlüftung und Tiefatmung am geöffneten Fenster, in Verbindung mit Freibügeln. — Körperpflege der Schwangeren. Der Schwangeren sind nötig: Licht, Luft, Bewegung, Wärme und Kälte, seelische Einflüsse; nur wenn diese Faktoren auf sie einwirken, wird sie einem gesunden Kinde das Leben geben. Der Stoffwechsel, der bei der Schwangeren geringer als bei anderen weiblichen Wesen ist, muß durch Bewegung erhöht werden; das erleichtert ihr auch das Gebären. Jede Schwangere sollte deshalb täglich 1—2 Stunden ins Freie gehen, sich aber nicht in der Wohnung verpflegt halten. Selbst turnerische Übungen werden ihr angeraten. Sie soll im Freien tief atmen, das Sonnenlicht auf sich einwirken lassen, lockere Kleidung tragen, die Haut pflegen, also Bäder nehmen (auch Luftbäder) und kalte Waschungen der unteren Partien am Morgen und am Abend vornehmen. Durch Reinlichkeit kann das Wochenbettfieber und Augenentzündung des Neugeborenen verhütet werden. Die Schwangere darf nicht nach Herbergsluft riechen, muß deshalb sich, ihre Kleidung, ihre Wohnung sauber halten, diese letztere öfter lüften und feucht — nicht naß — aufweichten. Die Unterleibsorgane können durch kühle Waschungen kräftigt werden. Gegen Ende der Schwangerschaft sind solche Waschungen — auch Sitzbäder — als nicht mehr nützlich zu unterlassen. Die Brüste und Brustwarzen müssen gepflegt werden. Die Zähne sind zu putzen, der Geist ist insofern zu pflegen, daß die Schwangere in wohliger Stimmung erhalten wird. Diese Stimmung erhöht alle Lebensvorgänge: den Stoffwechsel, die Blutbewegung, die Ernährung, die Atmung und die Ausscheidungsvorgänge; Gefühle des Entsetzens, des Hasses, der Abneigung usw. sind zu vermeiden. Des Geschlechtsverkehrs soll die Schwangere sich möglichst enthalten, was sowohl für sie selbst wie für das Kind von Vorteil ist.

**Bereinsgesellliches.**

**Vergehen gegen § 5 des Reichsvereinsgesetzes.** Am 22. November 1908 fand in Scheuno bei Forst eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt. Die Kollegin Anna Simon referierte über: „Die Neueinrichtung in unserer Organisation“. Da die Kollegin wußte, daß noch ein großer Teil der anwesenden Arbeiterinnen nicht organisiert war, richtete sie an selbige recht ermahnende Worte; unter anderem sagte sie auch: es würden noch manchmal Beiträge gezahlt, von denen man keinen Vorteil habe; sie erinnere nur an die Beiträge zur Kirche. Wer aber innerlich mit der Kirche fertig sei, der solle die Kirchensteuer zur Zahlung von Beiträgen an den Textilarbeiterverband verwenden. Die Versammlung war nicht überwacht, aber trotzdem bekam Kollege Hoppe am 17. Februar 1909 ein Strafmandat von 4,10 Mk. Wegen dieses Strafmandats wurde selbstverständlich Berufung eingelegt, und am 16. März 1909 fand vor dem Schöffengericht in Forst Termin statt. Nachdem Kollege Hoppe dargelegt hatte, was die Referentin in dieser Versammlung gesagt, wurde zur Vernehmung der Belastungszeugen geschritten. Diese sollten bekunden, ob die Referentin zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert habe; sie hätten von einer derartigen Aufforderung nichts gehört. Das Gericht verzichtete hierauf auf die Aussagen der Entlastungszeugen und sprach Kollegen Hoppe frei. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Der Amtsanwalt hatte die Klage aufrechterhalten.

**Gerichtliches.**

**Die Revision des Kollegen Seidel gegen das Bauerner Urteil.** Verletzung des Urheberrechts durch Nachdruck von Lohntarifen, kommt am 6. April vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung.

**Sage Deinem Vater, er ist ein Streifbrecher.** Diese Bemerkung soll der Sticker M. Müller in Falkenstein dem neunjährigen Sohne des Spitzenwebers Ernst Strobel dabeiselt getan haben, der sich während des Streiks in der Spitzenfabrik von Landmann u. Helwig in Jwidau entgegen einem früher gegebenen Versprechen für die Fabrik als „Ersatz“arbeiter anwerben ließ. Der Angeklagte behauptete, den Zeugen, der auf sein Klopfen an die Fensterscheibe an das Fenster getreten sei, lediglich gefragt zu haben, ob sein Vater zu Hause sei; irgendein Schimpfwort habe er aber dem Jungen gegenüber nicht geäußert, insbesondere nicht das Wort „Streifbrecher“ gebraucht. Erst als die Mutter des Knaben auf ihn, den Angeklagten, zu schimpfen begann, habe er sich auf diese Weise gehöhrt. Das Schöffengericht in Falkenstein nahm indes als erwiesen an, daß der Angeklagte dem jungen Strobel gegenüber tatsächlich das Wort „Streifbrecher“ gebraucht habe, und daß dies in Beziehung auf dessen Vater geschehen sei. Das sei dem Gericht, heißt es in der Urteilsbegründung, um so weniger zweifelhaft gewesen, als bei der Stimmung, in der sich Müller und seine Genossen gegen Strobel befanden, eine Anspielung auf den angeblichen Streifbruch Strobls seitens des Angeklagten nabelag, zumal er wohl noch obendrein darüber ärgerlich gewesen sein möge, daß er Str. nicht persönlich sprechen konnte. Das Gericht hat diesen Ausbruch „Streifbrecher“ im vorliegenden Fall objektiv als eine Beleidigung angesehen. Ein bei einer Einzelfirma ausgebrochener Streik der Arbeiterchaft könne nach der Beurteilung des Gerichts nur von einem bis herigen Arbeiter dieser Firma im technischen Sinne gebrochen werden. Der Privatkläger hatte aber früher (vor dem Streik oder während desselben) gar nicht bei der Firma Landmann u. Helwig gearbeitet. Das habe der Angeklagte ganz genau gewußt. Es lag ihm nach der Ueberzeugung des Gerichts hauptsächlich daran, von seinem Partei standpunkt aus dem Privatkläger seine Mißachtung auszudrücken. Er habe dies weiter in dem Bewußtsein getan, daß er damit eine nicht erwieslich wahre Tatsache behauptete, welche den Privatkläger in den Augen der Parteigenossen verächtlich zu machen geeignet war. Er hat sich also der üblen Nachrede schuldig gemacht. Bei der Strafzumessung sei neben der Vorstrafe, die der Angeklagte schon erlitten habe, die heftige und gehässige Gesinnung, die er in der ganzen Angelegenheit an den Tag gelegt habe, zu seinen Ungunsten in Betracht gezogen worden. Es konnte aber nicht verkannt werden, daß Str., der angeblich, um ihn los zu werden, versprochen hatte, nicht bei Landmann u. Helwig zu arbeiten, dies doch getan hat und dadurch die Wut des Angeklagten gegen ihn gewissermaßen selbst verschuldet habe. Deshalb sei eine Geldstrafe von 30 Mk. als angemessene Sühne erachtet worden. — An der Begründung des Urteils fällt auf, daß das Gericht das Wort „Streifbrecher“ in diesem Fall lediglich deshalb als Beleidigung ansah, weil Str. sich eines Streifbruchs im technischen Sinne gar nicht schuldig gemacht hätte. Man könnte gespannt darauf sein, wie das Urteil und seine Begründung gelaute haben würde, wenn Str. den Streik im technischen Sinne wirklich gebrochen hätte, d. h. wenn er den Streik mit begehren, dann aber gegen den Willen seiner Streifgenossen die Arbeit wieder aufgenommen haben würde. In Konsequenz der Urteilsbegründung könnte man in diesem Fall von dem Gericht eine Freisprechung erwarten. „Leider“ lag dem Schöffengericht in Falkenstein kein solcher Fall vor.

Die Arbeitslosen demonstrieren, die in Berlin am 9. Februar stattfanden, führten gegen vier Personen zu Anklagen wegen Landfriedensbruch. Die Angeklagten befanden sich seit dem 10. Februar in Untersuchungshaft. Die Anklage brach in ihren Hauptteilen zusammen. Der Wahrpruch der Geschworenen lautete für einen Angeklagten auf nichtschuldig, für einen auf schuldig des Landfriedensbruchs, nicht aber der Hädelstifterschaft, worauf die Anklage gegen diesen gleichfalls lautete, für zwei auf groben Unfug. Ein Angeklagter wurde demgemäß freigesprochen, einer zu neun Monaten Gefängnis, zwei zu je vier Wochen Haft verurteilt.

**Aus Unternehmerkreisen.**

**Krach im Sächsisch-Thüringischen Färberring.** Die ehemalige Sächsisch-Thüringische Färbereikonvention hat sich zu einer Aktiengesellschaft entwickelt. Der Sitz ist in Greiz. Im dortigen Verbandsbureau hat man genaue Kontrolle über die Produktion in den einzelnen Betrieben, denn die Webfabrikanten haben zwar die Wahl, welchem Ringfärbere sie Arbeit geben wollen, die Fakturen, Rechnungen, Kassengeschäfte vermittelt aber nur das Verbandsbureau; dadurch hat man eine Ueberwachung der Preisvereinbarungen. Vor einigen Jahren kaufte diese Gesellschaft einen Betrieb in Gera und ließ ihn leer stehen. Damals schon verachteten die Webfabrikanten, diesen Betrieb in ihre Hände zu bekommen; sie wollten damit eine Gegenwehr ausüben gegen die vom Färberring diktierten Preise für Veredelung der Webwaren. Aber der Färberring bot für jenen Betrieb einen sehr hohen Kaufpreis. Er hat also eine Konkurrenz von vornherein ausgeschaltet; die Verzinsung der Kaufsumme wird aus Verbandsmitteln bestritten.

Nachträglich machte sich aber das Bestreben der Webfabrikanten, das Abhängigkeitsverhältnis vom Färberring zu brechen, immer wieder bemerkbar. Die Webfirma Ernst Fr. Weißglöckler sicherte sich die Kapitalherrschaft über den Färbereibetrieb Schütze u. Leube-Unternehmens. Seitdem ist dieser Betrieb vom Färberring ausgeschlossen. Sämtliche andere Färbereien gehören zum Färberring. Wie der Färberring entstanden ist, haben wir schon früher geschildert, wahrscheinlich erleben wir die Befolgung derselben Taktik infolge des jetzigen Krachs im Färberring. Damals traten die großen Färbereibetriebe zusammen und gewährten für die Webfabrikanten so lange sehr niedrige Preise, bis die Konkurrenz der kleineren Betriebe gebrochen war und diese in den Färberring hineingezwungen waren; dann wurden die Preise bedeutend erhöht. Und weil nun der Färberring jede Konkurrenz lahmgelegt hatte, konnte er den Webfabrikanten die Preise diktieren. Selbstverständlich entstanden nun zwischen den beiden Verbänden — Färbereien und Webereien — Interessenstreitigkeiten. Wo die Konkurrenz ausgeschaltet ist und Preisvereinbarungen bestehen — namentlich durch Ueberwachung vermittelt des Verbandsbureaus —, da ist es wohl selbstverständlich, daß auch eine Regelung der Zuweisung von Arbeitsaufträgen an die einzelnen Betriebe sich nötig macht.

Firmen, welche immer hohe Arbeitsaufträge bekommen, würden doch von der Preisvereinbarung größeren Nutzen haben als jene Firmen mit niedrigeren Arbeitsaufträgen. Es liegt daher sehr nahe, daß man gemäß der Größe der Betriebe oder der Anzahl der Beschäftigten eine Durchschnittsziffer der Produktion festlegt. Wird die Durchschnittsziffer nicht erreicht, so muß der Verband an jene Betriebe Entschädigungen gemachen.

Wegen Aufbringung dieser Entschädigung ist es im Färberring zum Krach gekommen. Bei Uebersteigen der Durchschnittsziffer der Produktion sollen von dem Meingewinn 10 Proz. an die Verbandskasse gezahlt werden. Die kleineren Betriebe waren bisher bei Arbeitsaufträgen bevorzugt, ihre Betriebe sollen vergrößert werden. Wenn aber 10 Proz. des Ueberflusses die Verbandskasse fordert, so hindert eine solche Bestimmung die Erweiterung der Betriebe. Es sind circa 10 kleinere Betriebe vom Färberring ausgeschlossen. Darob Gegenwehr der ringtreuen Färbereien. Den Webfabrikanten wurde der Vertrag in Erinnerung gebracht, alle Arbeitsaufträge nur an ringtreue Färbereien zu geben; Verstöße haben die gänzliche Verweigerung von Arbeitsaufträgen zur Folge. Mitte März ist der Boykott in Kraft getreten. Die ringtreuen Färbereien nehmen keinerlei Arbeitsaufträge an. Nach einer bis zwei Wochen ist der Rest der Arbeitsaufträge erledigt, dann sind Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen aus den ringtreuen Färbereien und Appreturen arbeitslos; sie müssen die Kosten dieses Interessenstreites so lange tragen, wie sie nicht in anderen Betrieben unterkommen.

Vorausichtlich wird der Kampf zwischen den beiden Verbänden sehr lange dauern, denn das Hauptgeschäft ist erledigt, die „ringuntreuen“ Färbereien sind wohl in der Lage, die künftigen Arbeitsaufträge zu leisten. Inzwischen können die Betriebe der abgesprungenen Färbereibesitzer bedeutend vergrößert werden; man spricht schon davon, daß die Geraer Webfabrikanten seit langer Zeit die Aktien erworben haben zur Ummodellung einer größeren Geraer Färberei in eine Aktiengesellschaft.

Können die Webfabrikanten den Kampf aushalten, dann ist ein Preisnachschlag vom Färberring zu erwarten. Indes ist die Lage für die großen Ringfärbereien auch nicht ungünstig, weil es sich bei der Greiz-Geraer Kammergarbbranche um Spezialfärbereien handelt und die Einrichtungen bei den „ringuntreuen“ Färbereien die Bedürfnisse nicht erfüllen können. Ueber den Wert von Spezialeinrichtungen kann man sich einen Begriff machen, wenn man sieht, daß auswärtige Färbereien die Waren von Greiz abholen und dortige Färbereien wieder aus auswärtigen Orten die Arbeitsaufträge heranziehen. Br.

**Vermischtes.**

**Ein Schwabenstreich.** Aus Mühlacker wird der „Augsburger Abendzeitung“ geschrieben: Ein hiesiger Bürger beging dieser Tage einen Schwabenstreich, der der Mittelt nicht unbekannt bleiben darf. Der Mann war damit beschäftigt, ein großes Weinfäß zu putzen, als der Deckel ins Innere fiel. Vergeblich war das Bemühen, ihn in seine frühere Lage zu bringen. Da hatte der Wiedere einen guten Einfall. Er nahm seinen kleinen Sohn, steckte ihn neben den Deckel in das Faß und ließ den Sprößling den Deckel dann nach oben drücken, auf das letztere wieder in seine Lage komme. Und siehe da, es gelang. Der Vater besetzte den Deckel jetzt, daß er für die nächsten zehn Jahr halten konnte. Leider hatte die Sache einen Haken, denn gerade als der Gute nach getaner Arbeit sich einen „mohlbekanntem Schoppen“ genehmigen wollte, rief der Sprößling ihm durch das Spundloch nach: „Babbe, wo soll i ehert ufi?“

**Die deutsche überseeische Auswanderung 1908.** Im Jahre 1908 sind (vergleiche das Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs 1909, I) 19 883 Deutsche ausgewandert. Danach ist die deutsche Auswanderung gegen das Vorjahr, wo sie noch 31 696 Personen betrug, um 11 813 zurückgegangen und erreichte hiermit von allen seit 1871 vorliegenden Ziffern den geringsten Stand. An der Gesamtzahl der deutschen Auswanderer im Jahre 1908 (11 883) sind als Auswanderungsgebiete beteiligt: Brandenburg mit Berlin mit 2159 Personen; Posen, Hannover, Rheinland, Königreich Bayern, Königreich Sachsen mit je über 1000 Personen, Westfalen und Königreich Württemberg mit über 900 Personen. Die weitere ausführlichere Veröffentlichung über die überseeische Auswanderung erfolgt in nächster Zeit im Bande 223 zur Statistik des Deutschen Reichs.

**Berichte aus Fachkreisen.**

**Gelenau.** Die am 10. März abgehaltene Vertrauensmänner-sitzung war wider Erwarten schlecht besucht; es fehlten die Orte Zschopau, Großbersdorf, Weißbach und Ehrenfriedersdorf, was vom Geschäftsführer sehr getadelt wird. Als erster Punkt der Tagesordnung wird vom Kollegen Wolfram ein Schreiben vorgelesen, in welchem vom Parteisekretär der Wunsch ausgesprochen wird, gemeinsam mit der Partei an den Orten Gelenau, Gerold, Thum und Großbersdorf für die Mitglieder Auskunftsstellen in Arbeiterversicherungsfragen zu errichten. Die Kollegen treten einstimmig dieser Anregung bei und wählen (außer Gelenau, wo schon Kollege Wolfram längere Zeit von der Parteiorganisation dazu gewählt ist), für Gerold den Kollegen Max Müller, Nr. 41e, für Thum den Kollegen Wende D e f e r e i c h, Annaberger Straße 1b und für Großbersdorf den Kollegen Oswald F r i s c h, Nr. 60b.

Dort können sich die Kollegen Rat holen. Desgleichen wird beschlossen, für jede Ausrüstungsstelle ein Exemplar des „Arbeiterrecht“ anzuschaffen. Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, werden für die verschiedenen Orte die Mitgliederbeiträge festgelegt. Wir bitten die Kollegen, ständig den Versammlungskalender nachzusehen und die Versammlungen fleißig zu besuchen, denn noch fehlt es sehr an Aufführung in unseren Reihen, und diese Aufklärung kann nur durch eifriges Besuchen der Versammlungen und Lesen der Presse erreicht werden. Ein Besuch um Umzugsunterstützung wird befürwortet. Eine Debatte entspannt sich noch über das Verhalten des bisherigen Kollegen Heinrich Mairhofer gegenüber unserem Geschäftsführer und dem Unterkassierer Herrmann, welches von den Vertrauensleuten stark getadelt wird. Man spricht sich einstimmig dahin aus, daß Mairhofer, wenn er sich nicht abgemeldet hätte, aus dem Verband ausgeschlossen worden wäre.

**Forst (L.).** Schon wieder eine Seele... Mit den Christlichen muß es augenblicklich sehr faul stehen. Sie reifen nicht allein in der ganzen Laufzeit, sondern Mitglieder einzufangen, sondern verbreiten auch von Unwahrheiten strotzende Flugblätter. Daß sie es dabei besonders darauf abgesehen haben, die freien Gewerkschaften zu verunglimpfen, ist selbstverständlich; springen doch fast alle Tage Mitglieder der sogenannten christlich-nationalen Verbände ab, um sich den freien Organisationen anzuschließen. Erfahren sie doch mit der Zeit am eigenen Leibe, daß die Christlichen nicht für den Vorteil ihrer Mitglieder sorgen, sondern nur eine politische Schutztruppe des Unternehmertums bilden. Das hat sich schon seinerzeit gezeigt, als der Wechsel in der hiesigen Leitung eintrat. Wie schwer es ihnen ist, Mitglieder einzufangen, zeigt eine Mitteilung, die uns gemacht wurde: daß nämlich in der letzten Sitzung der Bezirksleiter Kümmele-Greiz den Vorschlag gemacht haben soll, für jedes neugewonnene Mitglied dem betreffenden Agitator 25 Pf. zu zahlen! Das dürfte wohl die traurigen Verhältnisse in dieser Aushilfsorganisation, die nur dazu beiträgt, die Arbeiterbewegung zum Schaden der Arbeiterkraft zu gefährdigen, genügend illustrieren. Wegen der sogenannten Flugblätter dieser christlich sein wollenden Organisation dürfte wohl der einfache Hinweis genügen, daß eines derselben nicht einmal unterzeichnet ist. Die Herrschaften fühlen wohl selbst, daß sie die darin gemachten Anwürfe gegen die Sozialdemokratie nicht verteidigen können, die in einer läppischen Anhäufung von Wahllügen über die parlamentarische Wirksamkeit der Arbeiterpartei bestehen. Man will mit ihnen „beweisen“, daß die Sozialdemokratie nicht die Interessen der Arbeiter vertritt! Diese ollen Kamellen aus dem Arsenal des Reichsverbandes sind bereits so oft charakterisiert worden, daß uns der Raum zu schade ist, den man zu ihrer Verpflückung verwenden müßte. Jeder organisierte Arbeiter, der politisches Selbstbewußtsein und Urteilswertmögen hat, weiß so wie so, wozu solche Wijsche nur zu gebrauchen sind. — Geradezu lächerlich aber ist ein anderes Flugblatt, das sich gegen die freien Gewerkschaften wendet und von einem gewissen Waltrusch in Erfurt verbrochen wurde. Dieser Christliche setzt sich hochtrabend auf seinen hochden nationalen Gaul und verkündet der staunenden Mitwelt, daß die Wissenschaft den Sozialismus und Karl Marx bereits zum alten Eisen geworfen habe! Ernsthaft ist mit diesen Leuten natürlich nicht zu streiten, aber immerhin bietet die Wirrheit dieses christlichen Geschreibels ein Beispiel dafür, wohin die christliche Gewerkschaftsbewegung führt. Ernst braucht man ihre Vertreter nicht zu nehmen.

**Kufel.** Am 28. März wird im Lokale des Wirts Karl Klein eine öffentliche Textilarbeiterversammlung stattfinden, in der unser Gauleiter, Karl Schrader, über das Thema: Die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter und wie kann dieselbe verbessert werden, sprechen wird. Es ist notwendig, daß alle hiesigen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen die Versammlung besuchen. Auch die hiesigen Textilarbeiter müssen einmal zeigen, daß sie noch Interesse an der Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage haben. Öffentlich genügt dieser Mahnruf, sie alle auf den Plan zu bringen zum wuchtigen Protest gegen die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände, unter denen wir alle mehr oder weniger leiden.

**Delsnitz.** (Vereinsbergungen.) Am Sonntag, den 7. März, hielt in den Räumen des „Norddeutschen Hofes“ die Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes ein Konzert mit Tanzkränzchen ab. Der Arbeitergesangverein „Lyra“ brachte einige wohlgelungene Lieder zu Gehör der Anwesenden. Auch einige Turner des Turnvereins „Jahn“ verschönten das Fest durch exakt ausgeführte Uebungen. Den von der Stadtappelle vorgetrageneu Konzertstücken wurde mit großer Aufmerksamkeit zugehört und starker Applaus gesendet. Leider war die Veranstaltung nicht so besucht, wie es sein sollte, was aber infolge der auch in Delsnitz herrschenden Krise wohl zu entschuldigen ist. Im großen und ganzen verlief das Fest in einer der organisierten Arbeiterkraft würdigen Weise. Neu aufgenommen wurden 13 Mitglieder.

**Delsnitz.** Am Dienstag, den 16. März, fand im Hotel „Norddeutscher Hof“ eine öffentliche Textilarbeiterinnenversammlung statt, in welcher Fräulein Hoppe-Vorlin über das Thema: „Die Frau in der Produktion und die Pflichten der Arbeiterinnen, und welche Aufgaben für dieselben erwachsen aus den neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung“ referierte. Trotz der regen Agitation waren nur circa 200 Personen erschienen. Die Referentin behandelte dieses Thema in ausführlicher Weise. An der Hand statistischer Materialien zeigte sie den Arbeiterinnen, daß sie für die Produktion im Fabrikbetrieb nicht zu entbehren seien, nur müßten die Arbeiterinnen sich nicht als Lohnrinder den männlichen Arbeitern gegenüber gebrauchen lassen, da der Unternehmer für die von ihnen geleistete Arbeit genau denselben Betrag bezahlt erhält, als für Ware der männlichen Arbeiter. Ferner führte sie den Arbeiterinnen vor Augen, auf welche Weise die Unternehmer die Bestimmungen der Gewerbeordnung umgehen, was auch in den hiesigen Betrieben häufig geschieht, indem die Arbeiter und Arbeiterinnen am Sonntag, durch Veranlassung der Unternehmer und deren Meister, gezwungen werden, in der Fabrik zu arbeiten; wer sich nicht fügt, der fliegt. Für die Ausführenden wurde der Referentin reichlicher Beifall gezollt. Vom Vorsitzenden sowie vom Geschäftsführer der hiesigen Textilarbeiterverbandsfiliale wurde auf die Notwendigkeit, sich zu organisieren, hingewiesen, denn nur durch die Organisation wird es möglich sein, andere Verhältnisse zu schaffen.

**Rheinhdt.** Unsere am 14. März abgehaltene Versammlung hätte wiederum besser besucht sein können. Der erste Punkt der Tagesordnung, Kartellbericht, wurde mit einer kleinen Ergänzung entgegengenommen. An zweiter Stelle stand die Beratung eines Antrages auf Rechtschutz für Kollegen Er. Die Versammlung teilte mehr oder weniger den Standpunkt des Zentralvorstandes, daß man von Unternehmern und deren Trabanten stets Verbindungen zu gewärtigen habe, und wenn die eventuelle Klage ganz gewonnen würde, wäre die Angelegenheit das ausgelegte Geld nicht wert. Als dritter Punkt stand ein kurzes Referat über Auslegung unseres Verbandsstatuts. Auch hieran schloß sich eine rege Debatte. Es wurde der Wunsch laut, solche Statutenerläuterungen in kleineren Zirkeln, also in Bezirksversammlungen, zu geben. Der Vorsitzende führte an, daß wir schon öfter mit Bezirksbesprechungen begonnen hätten, wir hätten aber davon Abstand nehmen müssen, weil diese Veranstaltungen so schlecht besucht worden seien. Wir wollten aber dennoch erneut damit beginnen. Als weiterer Punkt wurde vom Kollegen Pfaff die Wahl zur Ortskrankenkasse und deren Bedeutung für die Arbeiter besprochen; mit einem warmen Appell an die Versammelten, bei der nun kommenden Wahl am 3. April ihre Pflicht zu tun, schloß der Redner seine Ausführungen. Unter „Verschiedenes“ wurde der Wunsch laut, in diesem Jahre das Stiftungsfest unserer Filiale zu feiern. Dieser Punkt wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung zurückgestellt. Die Diskussion war bei allen Punkten sachlich und belehrend. Wir wollen hoffen, daß in Zukunft unsere Versammlungen noch besser besucht werden; an Verbandsunsaft fehlt es nie.

### Bekanntmachungen.

#### Vorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmung muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Zulaufbriefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

#### Zuschüsse aus der Zentralkasse betreffend.

Geldzuschüsse an die Ortskassierer zum Zwecke der Auszahlung von Arbeitslosen-, Kranken-, Gemäßigten- und anderer Unterstützung werden von der Zentrale nur geleistet, wenn das Verlangen von der Ortsverwaltung gestellt wird. Die Briefe, durch welche Zuschuß von der Zentrale verlangt werden, müssen also künftig von den einzelnen Mitgliedern des Filialvorstandes, mindestens von dessen Mehrheit unterzeichnet sein. Unsere Filialkassierer bitten wir, das zu beachten.

Der Vorstand.

Die im Auftrage des Zentralvorstandes seitens der Berliner Ortsverwaltung am 19. Januar d. J. versandten Fragebogen betr. die Teppich- und Blüschweberei-Guquere stehen zum Teil noch aus. Wir ersuchen die in Betracht kommenden Gau- und Ortsverwaltungen um tüchtigst umgehende Retournerung derselben.

Der Vorstand.

Die Ortsverwaltungen und die Revisoren werden nochmals darauf hingewiesen, daß am 31. März das Inventarverzeichnis aufgestellt werden muß!

Der Vorstand.

Der Vorstand der Textilarbeiter-Union Oesterreichs teilt uns mit, daß Mitgliedern unseres Verbandes, die in die österreichische Union übertraten, die bei uns zurückgelegte Mitgliedschaft angerechnet wird. Wir weisen unsere Mitglieder, die nach Oesterreich auswandern, darauf besonders hin und bemerken, daß wir schon seit Jahren mit nach Deutschland kommenden Mitgliedern der österreichischen Organisation in gleicher Weise verfahren sind.

Der Vorstand.

#### Ortsverwaltungen.

**Apolda.** Das Mitgliedsbuch auf R. Seidemann lautend (St.-Nr. 421 592), ist verloren gegangen. Man wolle es bei seinem Auftauchen anhalten und hierher senden. Die Ortsverwaltung.

**Berlin.** Das Mitgliedsbuch auf den Namen Josef Pleška u. oder Pleška ist von einem gewissen Grulich entgegengenommen worden, um für den Eigentümer des Buches die Reiseunterstützung abzugeben. Grulich behauptet nun, das Buch verloren zu haben. Sollte es irgendwo vorgefunden werden, so wolle man es an Max Gruhl, Berlin D. 27, Andreasstraße 27, einsenden. Wir ersuchen auch den „Textilmitl“, von der Angelegenheit Notiz zu nehmen. Bemerkt sei noch, daß Josef Pleška oder Pleška in Böhmen geboren ist. Nähere Angaben können wir nicht machen. Die Ortsverwaltung.

**Gebweiler.** Der Vorsitzende, Josef Gerum, wohnt jetzt Kolbenhartweg 4, der Kassierer, Jean Winter, Hirschengasse 59. Sämtliche Unterstützungen werden beim Kassierer abends von 6 bis 8 Uhr ausgezahlt.

**Langenberg (R. L.).** Allen reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß Lokalgeschenke nicht mehr ausgezahlt werden. **M.-Glabbach.** Wir ersuchen dringend die Mitglieder unseres Verbandes, bei irgendwo stattfindenden Versammlungen der Geschäftsstelle, Kohlenstr. 7, hiervon frühzeitig Mitteilung zu machen, damit wir in der Lage sind, die nötigen Vorbereitungen treffen zu können. Die Ortsverwaltung.

**Stettin.** Vorsitzender: Herm. Schöpfer, Klosterhof 25 2 Treppen; Kassierer: Ernst Lancer, Turnerstr. 4 II.

**Warel.** Vorsitzender ist jetzt Alwin Markgraf in Zetel. **Weida.** Die Adresse des Kassierers ist von jetzt an Oskar Schröder, Quellenstraße 3.

#### Totenliste.

##### Gestorbene Mitglieder.

- Wahrenth.** Reinhold Burder.
- Vielefeld.** Am 14. März Fritz Zinnenbrügger, 66 Jahre alt — Lungentuberkulose.
- Elberfeld.** Frau Elise Dreier, geb. Stein, 22 Jahre alt — Wochenbettfolgen; Friedrich Stachelhaus, 67 Jahre alt — Lungenentzündung; Emil Höltschen, 30 Jahre alt — Lungenkrankheit; Gustav Jäger, 26 Jahre alt — Lungenkrankheit.
- Forst.** Gustav Dobring, Arbeiter, 51 Jahre alt — Prolerariatskrankheit.
- Freiburg.** Hedwig Taug, Spinnerin, 19 Jahre alt — Entbindungsfolgen.
- Gera.** Julius Schilling, 52 Jahre alt, in der Klinik in Jena — Speiseröhrenentzündung; Agnes Ernst, 36 Jahre alt.
- Glauchau.** Max Kluge, 46 Jahre alt — Herzschlag.
- Großröhrsdorf.** Richard Weidner, Kartenschläger, 24 Jahre alt — Lungenkrankheit.
- Hohenlimburg.** Karl Lindsiege, 36 Jahre alt — Gehirnerkrankung.
- Mülhausen i. Elz.** Am 14. März Sebastian Widel, 51 Jahre alt — Nierenkrankheit.
- M.-Glabbach.** Gustav Löker, 48 Jahre alt — Lungenschwindsucht.
- Zwischen a. Elster.** Am 14. März Hugo Wulf aus Reimberg, 56 Jahre alt.

#### Ehre ihrem Andenken!

#### Streitfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

- In Streit befinden sich: **Weber und Weberinnen in:** Grefrath (Rudolf Schwarz), Langenbielau (Neugebauer u. Söhne u. Postpischil), M.-Glabbach (Hören u. Heinrichs). **Stricker und Strickerinnen in:** Guben (Gustav Linke). **In Bewegung ohne Streit befinden sich:** **Spinnerinnen in:** Adorf i. B. (Gebr. Uebel). **Weber in:** M.-Glabbach (Emil Brandts, Wander u. Hoffmann), Achen (Scheins u. Reiß, Erasmus, Arnold u. Schüll, Marx u. Auerbach, Färber), Colmar (Gensburger), Osabrück (F. H. Hammerstein), **Filaturarbeiter in:** Rambrecht (J. S. Marg).

Ueber die Buntweberei von Gebr. Schulz in Duisburg ist von der dortigen Verbandsfiliale die Sperre ausgesprochen worden.

Die Posamentierer Hannovers bitten um Fernhaltung des Zugangs, da die einheimischen selber nicht genug Arbeit haben und zwei Kollegen noch nicht wieder eingestellt sind.

In Magh-Beckerei ist von der dortigen Arbeiterorganisation über die dortige Teppichfabrik die Sperre verhängt worden.

Die Stickerfirma B. Heine A.-G. in Arbon (Schweiz) ist von der dortigen Organisation gesperrt worden

### Versammlungskalender.

- A.-Ottensen.** Sonntag, 4. April, nachmittags 5 Uhr, bei E. Jeta, Altona, Bergstr. 136.
- Berlin.** Zentralzahlstelle: Jeden Donnerstag, abends von 7 bis 10 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17: Zahltag.
- Berlin.** Bezirk Osten. Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Mittwoch, Stralauer Allee 20a: Zahltag.
- Berlin.** Zahlstelle: Niderdorsferstr. 18, bei Wittner.
- Berlin.** (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6-9 Uhr bei Vie. Alte Jatoofstr. 119: Zahltag.
- Berlin.** (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jatoofstraße 68: Zahltag.
- Berlin.** (Sektion Weissenfee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Kontent, Leberstraße: Zahltag.
- Berlin.** (Sektion der Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Moxler, Landsbergerstraße 115: Zahltag.
- Berlin.** (Sektion der Sticker.) Jeden Freitagabend von 8-10 Uhr bei Engel, Seydelstr. 30: Zahltag.
- Berlin.** (Für Waabit.) Zahlstelle: Gokfowskystr. 24, bei Reil.
- Berlin.** (Sektion Nixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Göppner, Bietenstr. 81: Zahltag.
- Darmstadt.** Sonnabend, 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kolleg 3.
- Falkenstein i. B.** Sonntag, 4. April, abends 8 Uhr, im „Sächsischen Hof“.
- Fürth.** Sonnabend (Samstag), 3. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Zid, Wassergasse 13.
- Häfen.** Jeden Sonntag, vormittags 10 Uhr, im „Lamm“: Zahltag.
- Gebweiler.** Montag, 5. April.
- Güterloh.** Sonntag, 4. April, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Johann Klau.
- Halle.** Sonnabend, den 3. April.
- Herröb.** Sonnabend, 3. April, abends 8 Uhr
- Kohlühle.** Sonntag, 3. April, im Gasthaus zu Gokdorf.
- Lahr.** Samstag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Kanone“.
- Lengsfeld.** Sonntag, 4. April, nachmittags 3 Uhr, bei Hugo Bauer in Grün.
- Leobsdorf.** Sonnabend, 3. April.
- Magdeburg.** Sonnabend, 3. April, abends 9 Uhr, im „Weißen Hirsch“, Neust.-Friedrichsplatz 2.
- Mehingen.** Sonntag, 4. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Gambrianus“, Arader Straße.
- Mülhausen i. Elz.** Mittwoch, 7. April, bei Weingorn, Dornacher Straße.
- M.-Glabbach.** Sonntag, 28. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Eberh. Neustadt (Orla). Sonnabend, 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im Café Krüge.
- Neustadt D.-S.** Sonnabend, 3. April, abends 8 Uhr, im „Arbeiter-Lafino“: Zahltag.
- Niederföhneide.** Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an bei Neumann, Grünauer Straße 5: Zahltag.
- Osabrück.** Sonnabend, 3. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Müller, Bischoffstr. 14/15.
- Okerode.** Sonnabend, den 3. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaufe“.
- Pulsnis.** Sonntag, den 28. März, nachmittags 3 Uhr, im „Gasthof Bollung“: Vortrag.
- Ronsdorf und Umgegend (Remscheid).** Montag, 5. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Alb. Schröder, Nordstr. 46a.
- Rohrweil.** Sonntag, 4. April, nachmittags 3 Uhr, im „Sächsischen Hof“.
- Roth a. S.** Sonntag, 4. April, nachmittags 3 Uhr, bei Bernhard Rothelker.
- Stettin.** Sonnabend, 3. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Lüdke, Berliner Straße 10.
- Thun.** Montag, 5. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Reichmühle“.
- Zeig.** Sonnabend, 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Felsenkeller“, Fabrikstr.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig.

## ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

# Brillanten

blendend schönen Teint, weiße, sammetweiche Haut, ein zartes, reines Gesicht und rosiges jugendfrisches Aussehen erhält man bei täglichen Gebrauch der allein echten **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. à St. 50 Pfg. Überall zu haben.

## \* Lyra-Fahrräder \*

Anerk. bestes Fabrikat. Unerreicht in Qual. u. Ausstattung. Preis mit gold. Medaille. 5 J. Gar. lt. Kat.

Radfahrer-Bedarf u. Sport-Artikel, Uhren, Waffen, Musikal., Nähmasch., Stahl-, Leder- und Luxuswaren.



53

Komplett mit Gummi von Mark an bis zu den feinsten Luxus-Modellen.

Der k. k. Postmeister M. Junger in St. schreibt: „Ihr Fabrikat gefällt allgemein. Man muss wahrhaft staunen, dass eine Fabrik ein solch solides gebautes, allen Anforderungen der Neuzeit entsprechendes, leicht laufendes Tourenrad zu diesem wirklich niedrigen Preise auf den Weltmarkt bringen kann.“

**Lyra-Fahrrad-Werke, Prenzlau, Postl. Nr. 687.**  
Verlangen Sie kostenfreie Zusendung meines Prachtkataloges.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 29. März.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Bagener. — Druck: Vormärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.